Konferenz

„Was ist, was bleibt?“

zur Kulturhauptstadt 2010, 2.5.2009

DIE LINKE.
IM REGIONALVERBAND RUHR

Inhalt

1: Trotzig, herzlich, offen – das ist die Kultur im Ruhrgebiet.
Begrüßung von Wolfgang Zimmermann, Sprecher DIE LINKE.NRW

2: Für einen sozialen Kulturpass – Förderung auch der freien Szene
Begrüßung von Wolfgang Freye, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im RVR

3: Partizipation und Nachhaltigkeit sind vorrangige Ziele für das Kulturhauptstadtjahr.
Rede von Dr. Fritz Pleitgen, Geschäftsführer der RUHR.2010 GmbH

4: Das Ruhrgebiet ist eine andere Metropole – Gerade das ist seine Chance.
Rede von Dr. Konstanze Kriese, Kulturwissenschaftlerin

5: 2010 geht vorbei – und dann?
Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

6: Überlasst die Kulturhauptstadt nicht den Privaten!
Rede von Frank Hont, Vorsitzender der Gewerkschaft unison in der Region England Nord-West

7: Europas kulturelle Identität – Kooperation und Vielfalt
Rede von Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei DIE LINKE und Vorsitzender der Europäischen LINKEN

8: Kultur der Teilhabe stärken.
Ergebnisberichte der Arbeitsgruppen

Impressum
Redaktion: Wolfgang Freye, Markus Renner
Herausgeberin: Fraktion DIE LINKE. im Regionalverband Ruhr (RVR)
Kronprinzenstraße 35, 45128 Essen
Tel. 0201-2069-325, Fax 0201-2069-334
E-Mail: dielinke@rvr-online.de
www.dielinke-rvr.de, www.rvr-online.de
V.i.S.d.P.: Wolfgang Freye

Copyright: Für die Broschüre bei DIE LINKE. im RVR. Für die Texte bei den Autoren und Autorinnen.

Fotos: Seiten 4, 11, 13, 15, 19, 22/23, 26 Jürgen Klute; Seiten 6, 8/9, 17, 21, 27 und Rückseite Markus Renner
Titelbild: Zeche Zollverein, Essen, von Markus Renner
Gestaltung und Satz: Steinmann, Feldhaus & Partner, Essen
Druck: GNN, Köln

Vorwort:

Kultur der Teilhabe zu wenig ausgeprägt!

Die erste Halbzeit des Kulturhauptstadtjahres ist vorbei. Die Ruhr 2010 GmbH, die das Programm organisiert, ist zufrieden. Die Anzahl der Besucher im Ruhrgebiet liegt rund 20 % über dem letzten Jahr, das Ruhr Museum, das Folkwang-Museum sind eröffnet, das Dortmunder U folgt und die Medien nehmen stärker Notiz von der Region – viel mehr wollten manche Planer der Kulturhauptstadt gar nicht. Dass die Besucherzahlen, zu denen auch Geschäftsreisende gehören, durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und 2009 massiv eingebrochen sind, wird schamhaft verschwiegen.
Dass die katastrophale Finanzlage der Kommunen im Ruhrgebiet zu immer stärkeren Einschnitten bei den Sozial- und Kulturhaushalten führt, ist die andere Seite. Scharfe Einschnitte wie die Schließung eines der sieben kommunalen Theater im Ruhrgebiet und engere Kooperationen der Bühnen im Ruhrgebiet stehen zur Diskussion. Ganz zu schweigen von der prekären Situation der freien Kulturszene, der soziokulturellen Zentren oder der Volkshochschulen, bei denen ausgerechnet im Kulturhauptstadtjahr flächendeckend die Kursgebühren erhöht werden.

„Masterplan Kultur“ liegt seit einem Jahr auf Eis.

Der „Masterplan Kultur“, der vom Regionalverband Ruhr (RVR) und seinen Mitgliedskommunen in einem breiten Diskussionsprozess erarbeitet wurde und der dazu beitragen soll, die Nachhaltigkeit der Kulturhauptstadt zu sichern, liegt entsprechend seit einem Jahr auf Eis. Die 20 Mio. Euro, die darin für die städteübergreifende Förderung von Kulturkooperation vorgesehen sind, können weder der RVR noch die Mitgliedskommunen aufbringen. Auch auf Landesebene ist keine Hilfe in Sicht. Dabei hat das Land NRW die Kulturförderung wie kein anderes Bundesland auf die Kommunen abgewälzt.
„Kulturhauptstadt 2010 - Was wird, was bleibt? Zwischenbilanz zum Programm und eigene Projekte.“ So hat die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) die Konferenz genannt, zu der sie vor gut einem Jahr, am 2.5.2009, in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und dem Kommunalpolitischen Forum NRW einlud.

Es war die zweite linke Konferenz zum Thema Kulturhauptstadt Ruhr 2010. Sie knüpfte an der Diskussion zwei Jahre vorher an, bei der Vertreter aus dem Bereich der Soziokultur und freie Kulturschaffende eine größere Einbeziehung in die Planung des Kulturhauptstadtjahres gefordert hatten. Diese Kritik ist nicht erledigt, im Gegenteil. Schon deshalb macht es aus unserer Sicht Sinn, die vorliegende Dokumentation der Konferenz mitten im Kulturhauptstadtjahr noch herauszubringen.
Doch auch an anderen Punkten ist eine Teilhabe aller Menschen aus der Region an den Veranstaltungen des Kulturhauptstadtjahres nicht gesichert. Die Forderung der Fraktion DIE LINKE im RVR nach einem Kulturpass für Geringverdiener/innen und Bezieher/innen von Transferleistungen, der vergünstigte Eintritte in Veranstaltungen der RUHR.2010 GmbH und ihnen auch die nötige Mobilität in der Region in Form eines ruhrgebietsweit gültigen Tickets ermöglichen sollte, wurde von der Ruhr 2010 GmbH und allen anderen Fraktionen der Verbandsversammlung abgelehnt.
Damit wurde eine Chance vertan, einen städteübergreifenden Einstieg in Sozialtarife für kulturelle Einrichtungen im Ruhrgebiet zu finden und damit einen besonderen Akzent zu setzen. Viele der knapp 50.000 Kulturschaffenden im Ruhrgebiet leben in prekären Verhältnissen. Nicht nur sie hätten ein Interesse an einem solchen Kulturpass.
Sieht man sich das dicke offizielle Programm für Ruhr 2010 an, fällt noch etwas auf. Eine kritische Sicht auf die Vergangenheit der Region, die im I. Weltkrieg zur „Rüstungsschmiede des Reiches“ wurde, wird ausgespart. Der von etlichen der Kohle- und Stahlbarone finanzierte deutsche Faschismus hat diese Rolle später weidlich für eigene Propagangazwecke genutzt. Die österreichische Stadt Linz hat 2008 vorgemacht, wie eine Europäische Kulturhauptstadt diese Auseinandersetzung führen kann.

Ausgesprochen peinlich war es, dass die Ruhr 2010 GmbH eine Veranstaltung der Ärzte gegen den Atomtod, von Pax Christi, dem Essener Friedensforum und anderen zur Diskussion um den Atomwaffensperrvertrag im März nicht ins offizielle Programm nehmen wollte. Die absurde Begründung: Die Veranstaltung habe keinen Internationalen Bezug. Die gut besuchte Veranstaltung – zum Abschlusskonzert der „Künstler für den Frieden“ in der Essener Lichtburg kamen weit über 1.000 Leute – setzte sich auch mit der Vergangenheit des Ruhrgebietes auseinander.

Die Entwicklung einer „Friedenskultur“ sieht DIE LINKE weiter als wichtige Aufgabe an, ebenso die Entwicklung einer Kultur der Teilhabe für alle – auch für Menschen mit niedrigsten Einkommen. Beides weist über das Kulturhauptstadtjahr hinaus.

Wolfgang Freye,
Fraktionsvorsitzender

Markus Renner,
Fraktionsgeschäftsführer

Trotzig, herzlich, offen – das ist die Kultur im Ruhrgebiet

Begrüßung von Wolfgang Zimmermann, Sprecher DIE LINKE.NRW

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,**

zunächst möchte ich mich dafür bedanken, dass die Linksfraktion im Regionalverband Ruhr mich eingeladen hat, die heutige Konferenz zu eröffnen.

Denn ich bin, das will ich gleich zugestehen, kein ausgewiesener Kulturpolitiker. Und, was vielleicht noch schwerer wiegt, ist die Tatsache, dass ich Düsseldorfer bin. Und ich weiß, was Herbert Grönemeyer in einem seiner bekanntesten Lieder über das Ruhrgebiet, in dem Fall über Bochum gesungen hat: “Hier wo das Herz noch zählt und nicht das große Geld, wer wohnt schon in Düsseldorf?”
Aber ich stehe hier heute ja nicht für die Landeshauptstadt oder gar die Regierung und die neoliberalen Parteien im Düsseldorfer Landtag, sondern als Landessprecher der Partei DIE LINKE. NRW und – denn das ist man immer, das kann und darf man gar nicht ablegen – als aktiver Gewerkschafter. Und als Linker und als Gewerkschafter und als Nordrhein-Westfale komme ich gern ins Ruhrgebiet, zu Euch nach Essen, um über Kultur zu sprechen.

Kultur, das ist in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, in der wir leben, in den allermeisten Fällen erstmal die Kultur der Oberschichten. Die Kulturgeschichte eines Landes, einer Region, einer Stadt, die in Museen und Bildbänden ausgestellt wird, ist ganz oft die Geschichte nur der Herrschenden. Da gibt es dann die Kaiser, Könige und Fürsten und ihre Bildnisse und Statuen – wenn wir über Kunst sprechen.

Da gibt es die Schlösser und Herrenhäuser mit edlem Mobiliar, wenn wir über Architektur und Baukultur sprechen.
Es gibt “klassische Literatur und Musik”, die damals wie heute in der Regel nur für die herrschende Klasse zugänglich war und ist. Klassische Musik und Literatur werden in den Kulturtempeln der herrschenden Klasse zelebriert.
Kultur ist ein Gut, das allen Menschen gehört, aber in unserer Gesellschaft werden breite Teile der Bevölkerung systematisch vom Zugang zu diesem Gut ausgeschlossen.

Und auch diejenigen Formen von Kunst und Kultur, die seit der Aufklärung die Herrschaftsstrukturen in Frage stellen und auf die Gleichwertigkeit aller Menschen abzielen, sind bis heute oft böhmische Dörfer für die Mehrheit der Menschen.

Denn um Zugang zur Kultur erhalten, braucht es leider nicht nur zu viel Geld, das den meisten Menschen an allen Ecken und Enden fehlt. Jetzt in den Zeiten der Wirtschaftskrise umso mehr. Es braucht auch Bildung, um an der Kultur teilhaben zu können, erst recht um sie aktiv selbst mit zu gestalten, und es bräuchte öffentliche Räume in Schulen, Betrieben, Verlagen, Theatern und Ateliers, um allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeiten zu erschließen, Kultur selbst zu gestalten.

Wir leben in einem Land – besonders in NRW – in dem der Zugang zur Bildung, zu höheren Schulabschlüssen und zu einem Studium, der Mehrheit der Bevölkerung verwehrt bleibt. Denn in unserem herrschenden mehrgliedrigen Schulsystem werden diejenigen Kinder, deren Eltern selbst keinen hohen Bildungsabschluss haben, aussortiert und abgeschoben in einen Teil der Gesellschaft, der beispielsweise an den vielen Veranstaltungen im Rahmen der „Kulturhauptstadt“ erst gar nicht teilnehmen kann.

Dieser Teil der Gesellschaft, der weniger Reichtum und Bildung besitzt, ist nicht, wie in der alten feudalen Gesellschaft, formal ausgeschlossen, aber er ist es faktisch. Dieser Teil, der größere Teil der Gesellschaft, den ich einmal die Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter nennen will, hat allerdings im Laufe seiner Geschichte auch eine eigene Kultur entwickelt. Und hier im Ruhrgebiet ist die Geschichte und die Kultur dieser Klasse ganz besonders stark entwickelt, denn das Ruhrgebiet war – und ist es weitgehend auch noch heute – das größte industrielle Ballungszentrum in der Republik.
Und wenn auch schon lange nur noch wenig Kohle gefördert wird und viele Hütten geschlossen sind, ist doch die Geschichte und die Kultur der Menschen an der Ruhr nicht zu trennen von der Kultur der Bergleute und der Stahlkocher. Es ist eine Kultur der Arbeitersiedlungen, des gemeinsamen Lebens und Arbeitens, eine klassenbewusste Kultur, in der man stolz auf das blickt, was man ist: Arbeiterin und Arbeiter, oder wie man heute wohl zutreffender sagen würde: Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer.

Es ist eine trotzige, eine herzliche, eine offene Kultur, die Kultur des Zusammenlebens der Menschen an der Ruhr. Wie viel der Kultur und Geschichte der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Arbeiterbewegung findet sich im Kulturhauptstadtprogramm? Und an wen wendet sich dieses Programm? Es ist in diesem Programm, als seien es gar nicht die Arbeiterinnen und Arbeiter, die diese Region aufgebaut, geschaffen, gestaltet haben. Als hätte es nicht auch schon Erfolg versprechende Ansätze – wie z.B. den Werkreis Literatur der Arbeitswelt, der die Erfahrungen arbeitender Menschen literarisch verarbeitete, nie gegeben.

Als LINKE müssen wir dafür sorgen, dass die Kultur der Arbeiterbewegung nicht verloren geht. Wir stehen hier in historischer und politischer Verantwortung. Eine „linke“ Kultur, die wir wollen, für die wir gemeinsam arbeiten und streiten, ist aber mehr als die klassenbewusste Kultur der Arbeiterbewegung. Ein Blick in die Geschichte des Ruhrgebietes zeigt, dass dieses industrielle Zentrum und sein heutiger so genannter Strukturwandel nicht nur von den Arbeiterinnen und Arbeitern geschaffen wurde, sondern auch auf dem Rücken von Einwanderinnen und Einwandern, die bereits seit dem vorletzten Jahrhundert in einer Reihe von Wanderungsbewegungen hierher gekommen sind.
Vor allem aus Ost- und Südeuropa sind die Arbeiter für die Knochenjobs in den Zechen und den Stahlhütten angeworben worden, als die Ware Arbeitskraft hierzulande knapp war. Und heute kommen sie aus der ganzen Welt, die Menschen, die in der so genannten neuen „Dienstleistungsgesellschaft“ zu Dumpinglöhnen in prekären Jobs die unterste Schicht der Arbeiterinnen und Arbeitern bilden.
Und hier bedarf es ganz dringend einer Kultur der Solidarität zwischen den hier verwurzelten Menschen und den Eingewanderten. Stattdessen macht sich schon viel zu lange eine Unkultur der Ausgrenzung und des Rassismus breit, eine Ablehnung der anderen Kulturen, die Tür an Tür mit der so genannten deutschen Kultur leben.

Dabei gibt es diese deutsche Kultur gerade im Ruhrgebiet in dieser nationalen Form eigentlich gar nicht, weil das Ruhrgebiet seit Beginn seiner industriellen Erschließung ein Schmelztiegel war und bis heute ist. Doch wo das Miteinander Leben und Voneinander Lernen auf der Tagesordnung stehen müssten, stehen viel zu oft Angst und Intoleranz ganz vorne.
In den Zeiten der Wirtschaftskrise verschärft sich das gegeneinander ausgespielt werden, und dem müssen wir LINKEN entschieden entgegentreten. Wir bekämpfen jede Form von Rassismus, und für uns heißt es in Zeiten der unsäglichen “Pro-NRW”-Bewegung aktueller denn je: Kein Fußbreit den Rechtsradikalen und Faschisten, nicht auf der Straße und nicht in den Parlamenten. Denn wer von Kultur redet, darf vom Antifaschismus nicht schweigen, und gerade zu den anstehenden Kommunalwahlen ist die antifaschistische und internationalistische Tradition, in der DIE LINKE steht, dringend viel höher zu bewerten, als das an manchen Orten bislang noch der Fall ist.

Ich habe anfangs viel von den Arbeitern geredet, den Kumpels im Bergwerk und den Stahlkochern. Als ich über die Einwanderung gesprochen habe, war bereits die Rede vom so genannten Strukturwandel und der viel gepriesenen Dienstleistungsgesellschaft. Und ich habe über Ausbeutung gesprochen, der wir eine Kultur der Solidarität entgegen setzen wollen, und, das will ich hier ergänzen, eine Kultur des gemeinsamen Widerstands.

Doch wer über Ausbeutung redet und über Dienstleistung und über das, was wir gemeinsam dringend ändern wollen

Das Publikum diskutierte engagiert.

König Fußball – fester Bestandteil der Freizeitkultur im Pott

in dieser Gesellschaft, der darf auch nicht von den Frauen schweigen. Nicht zuletzt auf ihrem Rücken ist das Ruhrgebiet groß geworden, angefangen bei den Arbeiterinnen der Weimarer Zeit, den Trümmerfrauen nach dem Zweiten Weltkrieg, bis hin zu den heutigen Dienstleisterinnen.
Damals wie heute trugen die Frauen mehr als nur eine Last. Sie arbeiten, versorgen die Familie, pflegen die Kranken und Alten, sie erhalten noch immer fast 25 % weniger Lohn als die Männer. Als diejenigen, die zudem noch immer die Hauptverantwortung schultern für die Kinder, haben sie mehr verdient als Niedriglöhne, Jobcenter und KiBiz. Sie haben andere Männer verdient, eine andere Gesellschaft und unsere Solidarität in ihrem Kampf um eine wirkliche Gleichstellung. Hier haben wir als LINKE auch noch viel zu tun.

Auch wenn wir unsere Gremien quotieren, heißt das noch lange nicht, dass Frauen genauso viel zu sagen haben wie Männer in unserer Partei, das fängt schon bei den männlichen Doppelspitzen auf der Bundesebene an. Aber auch hier und heute sehe ich im Programm dieser Konferenz fast keine Frauen unter den Referenten. Auch die Frage der Frauenpolitik ist nicht zuletzt eine Frage einer anderen, einer linken Kultur, die wir nicht nur einfordern, sondern auch leben müssen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

ich habe drei Bereiche angesprochen, in denen deutlich wird, was linke Politik und Kultur miteinander zu tun haben und wie ein linker, auch kultureller Gegenentwurf zur herrschenden Kultur des Krieges Aller gegen Alle im Neoliberalismus aussehen kann. Dazu fallen einem sicher noch viel mehr Punkte ein, und eine linke Betrachtung von Kulturpolitik im engeren Sinne steht noch aus, aber diese ist ja gerade das Thema dieser Konferenz, der ich keinesfalls vorgreifen will.
Ich wünsche Euch und uns allen also ein gutes Gelingen. Glückauf!

Für einen sozialen Kulturpass – Förderung auch der freien Szene

Begrüßung von Wolfgang Freye, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im RVR

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

ich begrüße Euch und Sie alle herzlich hier im Gebäude des Regionalverbands Ruhr (RVR) zu unserer Konferenz „Kulturhauptstadt 2010 – Was wird, was bleibt? Zwischenbilanz zum Programm und eigene Projekte“. Veranstalter dieser Konferenz sind die Fraktion DIE LINKE im RVR, für die ich spreche, die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und das Kommunalpolitische Forum NRW. Über das Zustandekommen dieses kleinen Veranstalterkreises freue ich mich besonders, denn es ist auch eine Verpflichtung zu einer weiteren Zusammenarbeit zum Thema.
Ganz besonders begrüßen möchte ich Herrn Fritz Pleitgen, Geschäftsführer der Ruhr 2010 GmbH, der sich heute der Diskussion stellen wird, den Sprecher des Landesverbandes DIE LINKE. NRW, Wolfgang Zimmermann und die Kulturwissenschaftlerin Konstanze Kriese, die gleich mit an der Diskussionsrunde im Eröffnungsplenum teilnehmen wird. Ich gehe davon aus, dass sie sich gleich selbst noch vorstellen werden.
Nicht begrüßen kann ich zur Zeit Frank Hont, Sekretär der Gewerkschaft Unison North-West-England, der später kommt, Lothar Bisky, der ebenfalls erst heute Nachmittag kommt und um 16.00 Uhr hier sprechen wird sowie Thomas Flierl, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und ehemaliger Kultursenator von Berlin, der leider gar nicht kommt, weil er kurzfristig an Heuschnupfen erkrankt ist und die Reise nicht antreten konnte. Uns bleibt nur, ihm gute Genesung zu wünschen.
Liebe Anwesende,
mit der heutigen Konferenz knüpfen wir an einem Workshop an, den die Fraktion DIE LINKE im RVR vor zwei Jahren organisiert hat und den wir auch in einer Broschüre dokumentiert haben. Die Frage, die wir damals gestellt hatten ist auch heute noch aktuell. Soll die Kulturhauptstadt 2010 ein Jahr für die „Elite“ werden oder „Entwicklungschancen“ für die gesamte Region bringen?
Diese Frage ist weiter aktuell, denn aus unserer Sicht ist das vorliegende Programm der Kulturhauptstadt eine wenig nachhaltige Mischung aus Veranstaltungen der Hochkultur einerseits, wie dem Klavierfestival Ruhr, der weltweit beachteten Ruhr-Triennale usw. und auf der anderen Seite auf „europaweite Bilder“ zielende Großevents wie der Sperrung der A 40 und ihrer Umwandlung in eine Festmeile für 6 Stunden. „Brot und Spiele“ war das Motto der Cäsaren im römischen Reich, der Event auf der A 40 gehört, könnte man despektierlich sagen, in den Bereich „Spiele“.
Wir hatten uns in der Konferenz vor zwei Jahren u.a. mit der Frage auseinandergesetzt, was Kultur eigentlich ist. Die Enquete-Kommission des Bundestages, „Kultur in Deutschland“ hat Kultur als „ständige Selbstreflexion der Gesellschaft über ihre Werte und Standards“ definiert. Ein linkes Kulturverständnis geht noch einen Schritt weiter und würde unter Kultur alle menschlichen Lebensäußerungen reihen. Und dazu gehören die Lebensäußerungen der herrschenden genauso, wie die der einfachen Menschen.
In sozial gespaltenen Gesellschaften, in Klassengesellschaften muss es aus diesem Grunde ganz unterschiedliche Kulturen geben. Das, was Herr Ackermann – dessen Aussage, dass er für die Deutsche Bank schon wieder Gewinnmargen von 25 % anstrebt, macht in erschreckender Weise deutlich, dass die Banker trotz der durch ungeheure Profit-Spekulationen verursachte Finanzkrise genauso weiter machen wollen, wie vorher, und sich nichts ändern soll. Dass, was Herr Ackermann schön findet oder die Kultur von Herrn Beitz ist anders, als die eines gerade von der Entlassung bedrohten Metallfacharbeiters oder eines Langzeitarbeitslosen, der seit vielen Jahren von derzeit 351 Euro im Monat plus Mietzuschuss auskommen muss.
In einer Region, in der Menschen aus mehr als 150 verschiedenen Ländern zusammenleben, spielt auch diese Herkunft eine große Rolle bei der Frage, wie sie ihr Leben gestalten, wie sie darüber reflektieren und welche „Vorlieben“ sie haben und entwickeln.
Das Verständnis von Kultur, das der Planung für Ruhr 2010 zugrunde liegt, ist unserer Meinung nach viel enger. Kultur wird weitgehend mit Kunst gleichgesetzt, obwohl Kunst nur ein Ausschnitt der Kultur ist, der Lebensäußerungen der Menschen. Das führt dazu, dass eine Beteiligung der Menschen im Ruhrgebiet nicht wirklich organisiert werden kann. Denn es ist ja so: Viele, die es wissen und registriert haben, finden es gut, dass Essen für das Ruhrgebiet Kulturhauptstadt 2010 geworden ist. Aber eine spürbare Bewegung, wie es sie in Städten wie Görlitz vor der Bewerbung gab, ist absolut nicht zu verspüren –abgesehen davon, dass die bundesweiten Schlagzeilen über die Kulturhauptstadt in den letzten Monaten eher durch die Begriffe Pleiten, Pech und Pannen bestimmt waren. Und insofern kritische Stimmen inzwischen erheblich lauter werden, als noch vor einiger Zeit.
Ich will nur zwei Beispiele nennen, um diese Aussagen zu belegen:
Die Kulturschaffenden aus der Region, seien es die freie Szene oder die Soziokulturellen Zentren, fühlen sich etwas mehr als ein halbes Jahr vor dem Start von Ruhr 2010 nach wie vor nicht eingebunden. Dabei wäre die Einbindung gerade auch der Akteure aus diesen Bereichen ganz entscheidend für die Nachhaltigkeit der Kulturhauptstadt.
Das ist aus unserer Sicht eins der Hauptprobleme, und wir haben die heutige Konferenz nicht zuletzt deshalb geplant, weil wir erörtern wollen, was man hier noch machen kann, wie eine Unterstützung und Einbindung aller Akteure der Bereiche Kunst und Kultur in der Region möglich ist, nicht nur der Theater, Opernhäuser und Philharmonien.

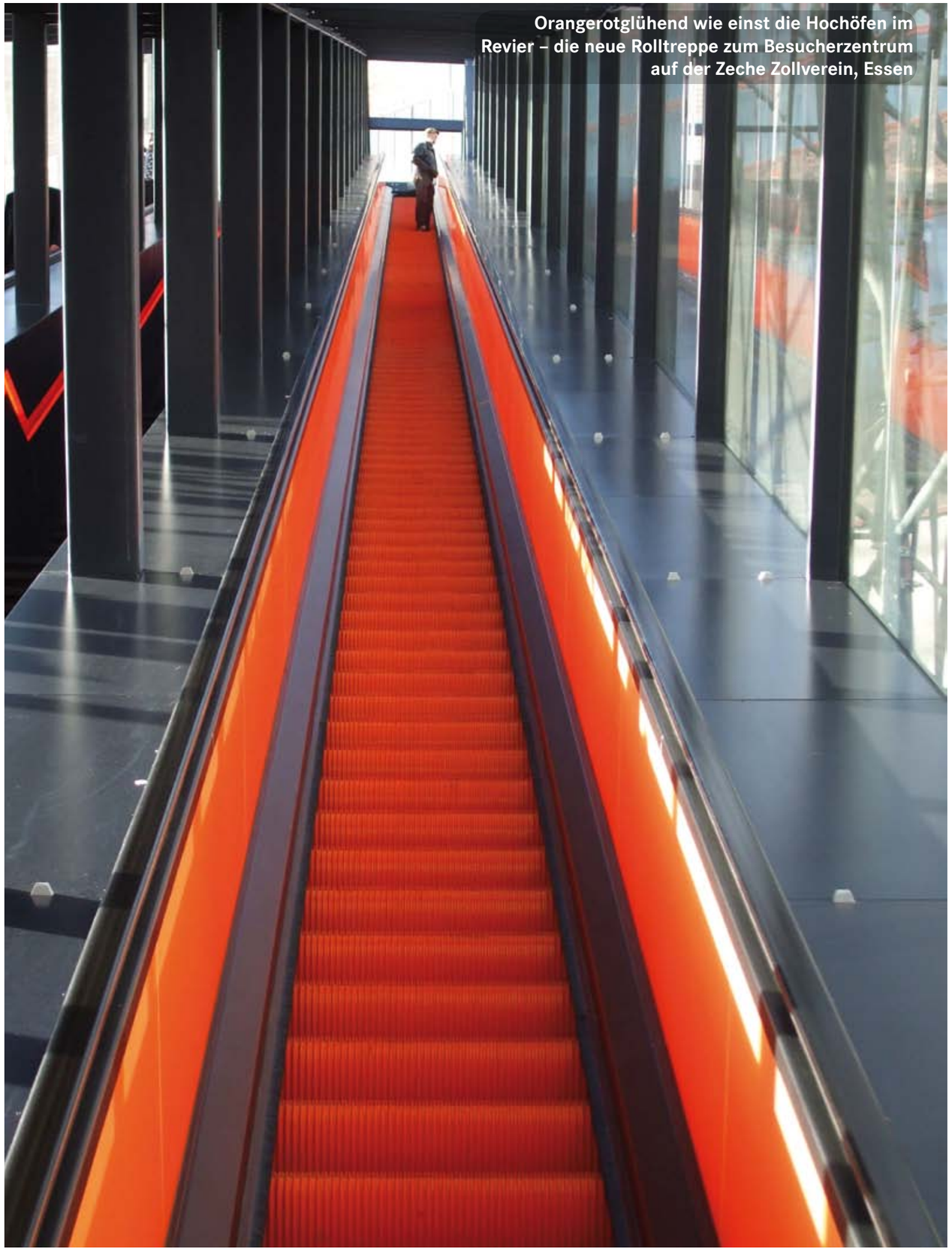
Als zweites Beispiel nenne ich die Einrichtung eines beratenden Kreises in Essen für die Planung der Kulturhauptstadt 2010. Bei der Einrichtung dieses Kreises waren zwar die Industrie- und Handelskammer und mehrere Unternehmerverbände berücksichtigt worden, nicht aber der DGB. Der ist auf unseren Vorschlag gerade noch aufgenommen worden, die Kleingärtner aber schon nicht mehr, obwohl sie es wollten. Ergebnis: Böse Leserbriefe in der Presse und noch mehr Diskussionen in den Vereinen, in denen es z.B. heißt: „Wir glaubten daran, mitmachen zu können, weil wir der Meinung sind, in unserer 90jährigen Geschichte, dass das Kleingartenwesen auch ein Stück Kulturgut ist. Wir haben uns sogar schriftlich angeboten, aber Antwort kam nie …“

Warum vertun sie solche Chancen, Herr Pleitgen? Ich sprech sie dazu persönlich an, weil Sie sicher eine Meinung dazu haben werden. Ich glaube es interessant auch mal über solche scheinbaren Kleinigkeiten zu reden. Ich finde es jedenfalls schade und vor allem völlig unnötig, dass Menschen, die mitmachen wollen bei der Kulturhauptstadt, das nicht dürfen und dass die Alltagskultur, die Kultur der einfachen Leute ziemlich unterbelichtet ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,
andere sind dagegen aus unserer Sicht über Maß an der Durchführung und Planung der Kulturhauptstadt beteiligt worden. Das gilt für den Initiativkreis Ruhr, den Zusammenschluss der größten Ruhrgebietskonzerne, der auf Grund seiner Zusagen für Sponsoring-Mittel drei Aufsichtsratsmandate der Ruhr 2010 erhalten hat und seit der Gründung den Aufsichtsratsvorsitz stellt. Es ist eine bittere Ironie, dass die Finanzlücke von 7 Mio. Euro, die derzeit zu Diskussionen um die Streichung ganzer Projekte wie z.B. der Eröffnungsveranstaltung in der Schalke-Arena führt, aus fehlenden Sponsoren-Mitteln herrührt.

Wir finden es ausgesprochen problematisch, dass die Chefs der größten Ruhrkonzerne durch diese Beteiligung nicht nur über den Einsatz ihrer eigenen Sponsoren-Mittel entscheiden, das haben sie sich ja von vorneherein vorbehalten, sondern auch über die Verwendung öffentlicher Gelder, des Großteils der Finanzierung von 65 Mio. Euro, maßgeblich mitreden. Und das, so muss man ja jetzt feststellen, auf Grundlage einer Eintrittskarte, die mit einem ungedeckten Scheck gezahlt wurde.
Und wenn nicht endlich über Regelungen gesprochen wird, wie wenigstens gesichert werden kann, dass bei allen Veranstaltungen des Kulturhauptstadtjahres, auch bei denen in Theater, Philharmonie und Oper, Sozialtarife auf die Eintrittspreise, flächendeckend und möglichst für alle Veranstaltungen eingeführt werden können, dann wird die Teilnahme noch krasser eingeschränkt werden. Und dabei muss man auch vor Augen haben, dass auch viele Künstlerinnen und Künstler hier im Ruhrgebiet unter eher prekären Lebensverhältnissen zu leiden haben und von Einkommen leben müssen, die kaum über denen von Hartz IV-Empfängern liegen oder eben von Hartz IV leben müssen. Diese Gruppe wird ein großes Interesse an den verschiedensten Kulturveranstaltungen haben, aber sie werden sie wahrscheinlich nicht besuchen können, da sie es nicht bezahlen können.

Wir haben als Fraktion im RVR vor mehreren Monaten einen Antrag gestellt, in dem die Ruhr 2010 GmbH gebeten wird, die geplanten und vorhandenen Eintrittsermäßigungen aus sozialen Gründen für die verschiedenen Veranstalter zusammenzustellen und Vorschläge zu entwickeln, wie sie durch einen Kulturpass für Hartz-IV-Empfänger und andere Menschen mit niedrigen Einkommen gebündelt werden können. Der Antrag wurde auch mit einigen Änderungen angenommen, eine Antwort steht allerdings noch aus. Sie ist für den Kulturausschuss jetzt im Mai angekündigt, das heißt, dass wir es jetzt noch gerade eben schaffen, ein halbes Jahr vor Beginn der Kulturhauptstadt, zu diskutieren, was man in diesem Bereich machen kann.
Ähnliche Probleme gibt es für den Öffentlichen Nahverkehr. Für Touristen soll es eine Kulturfahrkarte in 2010 geben. Ein Sozialticket für den Öffentlichen Nahverkehr wird jedoch von der CDU-Mehrheit im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und dem Düsseldorfer Regierungspräsidenten torpediert – das passt nicht zu den Planungen für ein Kulturhauptstadtjahr, in dem es auch Menschen mit wenig Geld ermöglicht werden soll, sich zu beteiligen.



Orangerotglühend wie einst die Hochöfen im Revier – die neue Rolltreppe zum Besucherzentrum auf der Zeche Zollverein, Essen

Sehr geehrte Gäste,
liebe Genossinnen und Genossen,

ich komme nun zum Schluss. Ich möchte ihn nutzen, um darauf hinzuweisen, dass die Idee der Europäischen Kulturhauptstadt und ihre Einführung 1985 eher ein linkes Projekt waren. Durchgesetzt hat sie die damalige griechische Kulturministerin Melina Mercury, die 1994 leider viel zu früh verstorben ist. Das Anliegen war ein Ansatz zur Entwicklung Europäischer Integration von unten, länderübergreifend. Und dieser Ansatz war nicht schlecht, er hat bei vielen Veranstaltungen dieser Art Früchte getragen.

Melina Mercury war politischer Flüchtling, während der griechischen Militärdiktatur musste sie auswandern und wurde ausgebürgert. Sie sagte dazu:
„Ich bin als Griechin geboren und werde als Griechin sterben. Herr Paatakos, (der damalige griechische Innenminister) ist als Faschist geboren. Er wird als Faschist sterben.“
Ich denke, in diesem Sinne wir sollten deshalb auch hier auf dieser Veranstaltung massiv dagegen protestieren, dass es gestern in Dortmund einer Horde von rund 300 Faschisten gelingen konnte, die Mai-Demonstration des DGB zu überfallen. Obwohl die neonazistischen Organisationen mit Verfassungsschutzspitzeln durchsetzt sind, wusste die Polizei angeblich von nichts und griff viel zu spät ein. Abends bei Gegenaktionen war sie dann schneller und restriktiv dabei.
Wir wollen, dass die braune Unkultur in diesem Lande nie mehr auch nur den Funken einer Chance erhält. Auch das gehört dazu, wenn wir über Kultur diskutieren, und zwar an ganz zentraler Stelle.
In diesem Sinne hoffe ich auf interessante Diskussionen bei dieser Konferenz und gebe das Wort an Christine Kostrezwa weiter. Sie ist freie Journalistin und moderiert die Podiumsdiskussion. Ich wünsche uns allen eine erfolgreiche Veranstaltung.

Partizipation und Nachhaltigkeit sind vorrangige Ziele für das Kulturhauptstadtjahr

Rede von Dr. h.c. Fritz Pleitgen, Geschäftsführer der RUHR.2010 GmbH

Guten Morgen
meine Damen und Herren,

ich möchte mich für die Einladung bedanken. Ich bin auch dankbar, dass hier so offen geredet wird. Herr Freye, Sie gestatten mir, dass ich dann auch in ähnlicher Offenheit antworte.

Ich hab ja versucht, für diese Veranstaltung noch zu werben, indem ich für einige Schlagzeilen gesorgt habe, passend zu diesem Treffen heute. Nun bin ich ja doch etwas enttäuscht: Mehr Besuch hatte ich schon erwartet.

Ich will Ihnen mal ein Beispiel von Solidarität zeigen: Das sitzt dort hinten. Das ist Herr Fischer (Programmkoordinator der Kulturhauptstadt 2010, Anm. d. Red.). Den habe ich heute Morgen angerufen, hab gesagt: „Herr Fischer, ich gehe einer schweren Stunde entgegen, wollen Sie nicht dabei sein?“ Und was hat er gemacht? Er hat gesagt: „Herr Pleitgen, ich hab zwar eine schwere Nacht hinter mir, aber selbstverständlich komme ich.“ Und er lässt sich auch nicht von Heuschnupfen abschrecken. Das ist Solidarität!

Herr Freye hat mich überrascht. Das ist ja schon mal gut für einen Journalisten, wenn er überrascht wird. Er hat von Pleiten, Pech und Pannen gesprochen und hat da gesagt, die überregionalen Publikationen würden das verwenden. Eine einzige Zeitung hat das gesagt und ich bin sehr enttäuscht, dass man sich bei den Linken auf eine bürgerliche Quelle bezieht. Das überrascht mich doch sehr. Das war im Focus, der hat das geschrieben, das haben auch wir aufmerksam registriert.

Dann diese wunderbare Diffamierung der Aktion „Stillleben“, als „Fressmeile.“ Auch das kommt aus den bürgerlichen Kreisen, Herr Beitz spricht etwas vornehmer, der spricht nicht von der „Fressmeile“, sondern von der „Kaffeetafel.“ Alles missverstanden und dass sie es missverstanden haben, überrascht mich doch sehr. Man muss sich mit den Dingen auch ein bisschen befassen, das darf ich doch wirklich mal fordern. Dieses ist eine ganz andere Idee: Diese Tafel soll die Menschen hier im Ruhrgebiet zusammenbringen. Sie soll eine Tafel der Kulturen, der Nationen und der Generationen sein. Das ist die Grundidee. Die Partizipation, darauf sind wir auch immer von Brüssel hingewiesen worden. Jeder soll mit seiner Idee von Kultur kommen, dort kann er sie ausleben, durch Gesang, durch Tanz, durch Lesungen und dergleichen mehr. Und auch durch Essen, denn auch das gehört mit zur Kultur. Ich verstehe die Kultur außerordentlich breit.

Ich habe mich sehr gefreut, dass sie mir so schöne Vorlagen gegeben haben, dass wir uns nur auf Events und Hochkultur stützen. Darauf werde ich gerne und mit Vergnügen eingehen. Aber ich bin Ihnen auch dankbar, dass Sie mich eingeladen haben, denn wir brauchen solche Diskussionen und wir brauchen auch Ihre Unterstützung. Es geht darum, dass wir politische Unterstützung erhalten und die wünsche ich mir auch von der LINKEN. Die haben wir hier und da schon konkret erfahren und dafür bin ich dankbar, das will ich bei dieser Gelegenheit auch zum Ausdruck bringen. Hier ist eine kritische Auseinandersetzung angekündigt worden, das hat mich erst recht ermutigt an einem Sonnabend hier hin zu kommen. Beklagt wird ja zuviel Events, zuviel Hochkultur, zu wenig Sozio- und Migrantenkultur, zuviel Einfluss der Wirtschaft. Ich will Ihnen sagen: Mit Ihrer globalen Kritik stehen Sie nicht allein. Absolut nicht und bevor Sie zustimmend nicken, sollten Sie abwarten, was ich dazu sage.
Sie stehen nicht alleine, Kritik wird von allen an uns geübt. Genau das Gegenteil von dem, was sie uns jetzt als Kritik entgegenhalten, wird uns von anderen vorgeworfen. Also, insofern fühle ich mich da auch ganz wohl, wenn wir von allen Seiten kritisiert werden, können wir so falsch nicht liegen.

Es gibt wirklich viele Möglichkeiten, eine Kulturhauptstadt zu veranstalten. Es sind viele Interessen im Spiel, viel Faktoren und ich will Ihnen zwei ganz grundsätzliche nennen: Einmal ist es die Frage der Finanzen und zum anderen die Frage der Verfassung der jeweiligen Kulturmetropole, die wir zu vertreten haben.

Der Etat, von dem Sie wissen, und den ich jetzt ihretwegen und wegen dieser Veranstaltung noch mal ins Gespräch gebracht habe, ist, um es nett zu sagen, äußerst moderat. Wir haben 65,5 Mio. Euro angestrebt. Ich will Ihnen sagen, das sind 65,5 Mio. für vier Jahre und nicht nur für dieses eine Jahr, denn wir haben ja vorher auch unsere Ausgaben, das darf man nicht vergessen. Und um das auch deutlich zu machen: Linz, eine Stadt so groß wie Herne, hat für ihr Kulturhauptstadtjahr einen Etat von 70 Mio. Euro, wenn man Sachleistungen dazu zählt, sind es 75 Mio. Das ist doch ein Faktor, der für Sie möglicherweise interessant ist.

Auf der anderen Seite, was die Verfassung der Kulturmetropole angeht, ist sie die mit Abstand heterogenste in der gesamten Geschichte der Kulturhauptstädte. Wir vertreten 53 Städte mit zig Kultureinrichtungen und da können Sie sich vorstellen, wie wir dort mit unseren Mitteln umgehen. Ob das nun Personal ist oder Finanzmittel sind, es ist eine

äußerst schwierige Situation. Die Erwartungen sind außerordentlich hoch, wenn ich dort herumging und würde das zusammen zählen, müssten wir wenigstens einen Etat von 500 Mio. haben, um diese Erwartungen zu erfüllen.

Das Potential aber, das muss ich sagen, ist auch sehr groß, was die Kultur angeht und was die Wirtschaftskraft angeht. Deswegen ist unsere Erwartung, wir haben ja gesagt, wir wollen 18 Mio. von der Wirtschaft in unserem Etat haben, weiß Gott nicht übertrieben gewesen, wenn man sich die Wirtschaftskraft des Ruhrgebiets anschaut, auch im Vergleich zu Liverpool. Liverpool ist vor uns dran gewesen, 2008, und hat wesentlich mehr Unterstützung aus der Wirtschaft erhalten als wir. Als die Wachstumsraten in den Himmel schossen, da hatten wir diesen bescheidenen Traum 17 Mio., vielleicht 20 Mio., das müsste doch eigentlich im Skat drin sein. Wir sind jetzt bei 10 Mio. gelandet und damit um 7 Mio. zu kurz.

Wir haben in den letzten Monaten, wir hatten die Finanzkrise ja auch nicht auf dem Schirm, wie alle anderen auch nicht, eigentlich nur noch Absagen erhalten und ich darf Ihnen sagen, ich zerbreche mir Tag und Nacht den Kopf, wie wir nun das Programm entsprechend anpassen können. Diese Kulturhauptstadt ist eine einmalige Chance und wir müssen und wir wollen sie nutzen.

Ich will ihnen noch etwas dazu sagen, woran wir uns orientieren. Wir müssen uns auch an den Kriterien der EU orientieren. Ich will Ihnen einige davon nennen:

Wir sollen den Dialog der Kulturen intensivieren. Unsere Metropole sollen wir bekannt machen in Europa. Und zwar in mehreren Sprachen. Wir sollen Kinder- und Jugendprogramme fördern. Wir sollen das Erbe wahren und nutzen. Wir sollen auch die Kulturwirtschaft stärken und wir sollen den Kulturtourismus stärken. Wir sollen innovative Strömungen aufgreifen und spezifische Ausrichtungen bekannt machen. Das sind nur einige dieser Kriterien und da merken Sie, wie weit wir streuen müssen und was uns da abverlangt wird. Und ich will auch mal deutlich klar machen: Wir sind nicht der Ersatz für die Kommunen. Die Kommunen sind ja auch noch da und wir versuchen sie ins Spiel zu bringen, das ist unsere Strategie.

Wir machen, und das wird Sie enttäuschen, keine Kulturhauptstadt für DIE LINKE. Wir machen aber auch keine für das Establishment. Wir machen auch keine für das Finanz-Establishment. Wir machen eine Kulturhauptstadt für alle, das ist das, was wir machen wollen.

Was wir auch erreichen wollen, und das ist im Sinne dessen, was Sie vorhin von Melina Mercury zitiert haben, was sich aber erst später entwickelt hat: wir wollen dafür sorgen, dass diese Metropole Ruhr einen Entwicklungsschub erfährt, durch die Kulturhauptstadt Europas. Weil Sie in die Geschichte gegangen sind, am Anfang sind die bei den üblichen Verdächtigen vorbeigegangen. An Athen, Paris, Madrid, Florenz, usw. und dann war die Kulturhauptstadt vorbei und dann haben sich alle umgeschaut und gefragt: „Was ist denn da passiert?“ Eigentlich ist nichts passiert, denn die waren immer opulent in ihrem Kulturangebot. Jetzt hatten die alle das Label Kulturhauptstadt bekommen und im Grunde hat sich nichts geändert. Dann ist man auf die Idee gekommen in Städte zu gehen, die ein so genanntes „Entwicklungspotential“ haben. Und da ist die erste Stadt dann Glasgow gewesen. Glasgow ist für uns ein Vorbild, weil sich da was getan hat. Glasgow war bis dahin eine graue Maus im vereinigten Königreich und ist jetzt eine höchst at-

traktive Adresse, ob man sich für Kultur interessiert oder in der in der Wissenschaft etwas werden will, oder auch in der Wirtschaft. Glasgow hat einen enormen Schub erhalten, ebenso Lille und das sind für uns die Vorbilder.
Wir wollen Weichen stellen, wir wollen Impulse setzen und mehr können wir auch gar nicht machen. Vor allen Dingen wollen wir nachhaltig wirken. Die Aufgabe ist überaus komplex, wir haben viele Gespräche geführt. Wir haben deshalb unser Feld in vier Felder eingeteilt, weil wir gesagt haben, dass das von einem allein gar nicht zu leisten ist. Wir haben also vier Themenfelder entwickelt. Einmal für die darstellenden Künste, dann für die Stadt der Kulturen, das ist die kulturelle Vielfalt, Migration und Integration; die Stadt der Möglichkeiten, das heißt Stadtentwicklung und auch die bildende Kunst gehört dazu und die Stadt der Kreativen.

Wir haben viele Gespräche geführt, wir haben 53 Städte und Gemeinden. Wir haben 53 Kulturdezernenten, wir haben 53 Verkehrsdezernenten, mit denen haben wir gesprochen, aber vor allen Dingen haben wir mit den Vertretern der kulturellen Einrichtungen gesprochen. Mit den Theaterleuten, den Opernleuten, den Museumsleuten, mit den Konzerthäusern, mit der freien Szene, wir haben mit Herrn Kaufmann (Vertreter des Off-Art-Parlaments, Anm. d. Red.) zusammen gesessen. Wir haben mit den Migranten gesprochen, mit den Kirchen gesprochen und auch mit den anderen Religionsgemeinschaften. Und alle finden, da sind sie sich alle einig, dass wir für ihre jeweilige Gruppe zu wenig tun.
Wir sind angegriffen worden, von einer Zeitung die Ihnen sehr nahe steht, der FAZ. Die haben geschrieben: Rettet die Kulturhauptstadt, Mahler-Zyklus usw. fehlt. Ich habe daraufhin, da man mir dort kein Interview zugestehen wollte, der dpa gesagt, dass wir hier ein grundsätzliches Missverständnis haben. Wir sind nicht Vertreter eines Festivals. Wir haben zig gute Festivals. Die wollen wir auch mitnehmen und in Kooperationen einbinden. Aber, so habe ich das damals gesagt: Bei uns findet die Kultur nicht im Saale statt, sondern dort, wo die Menschen sind, wo die Probleme sind und wo auch die Zukunft ist. Denn dort wo die Probleme sind, das wissen Sie selber, haben wir die Zukunft, die Kinder, die wir in den wohlhabenden Regionen nicht haben. Wir wollen uns vor allem bemühen, die so genannten kulturfernen Gruppen zu erreichen und dafür haben wir einige Ideen. Und weil sie vorhin die Frage angesprochen haben, wie können Menschen teilnehmen, die von Hartz-IV leben müssen: Darüber hab ich mir auch Gedanken gemacht. Ich bin oft gefragt worden, Sie haben so tolle Angebote, aber wie soll ich da rein kommen? Wir haben deswegen einen Kreis zusammen gerufen, mit den Wohlfahrtsverbänden, mit den Kirchen, dem zuständigen Ministerium, um Wege für benachteiligte Menschen zu finden, an der Kulturhauptstadt Europas teilnehmen zu können. Dieses Anliegen ist von mir schon früh aufgegriffen worden und wir sitzen da nun zusammen und versuchen dafür ein Konzept zu entwickeln. Dabei geht es um benachteiligte Menschen, ob sie nun durch ihre finanzielle Situation benachteiligt sind, oder geistig oder körperlich, für diese Gruppe sollen Lösungen gefunden werden. Wir wollen versuchen die mitzunehmen, aber das werden wir nicht überall schaffen, wie sollen wir das auch mit unseren begrenzten Mitteln schaffen? Wir können keine Berge versetzen, aber wir können Ideen entwickeln, aus denen dann hoffentlich Modelle werden.
„Was wird, was bleibt?“ ist das Motto des heutigen Tages. Was uns ganz wichtig ist und was wir auch schon verändert haben und was anders geworden ist, dass aus dem Geist der Rivalität, der hier früher vorherrschend war zwischen den Kommunen, dass das ein Geist der Kooperation wird. Und dass der dann auch anhält, zum Vorteil der Menschen hier. Dafür haben wir eine Menge im Programm, dass daraus eine Erfahrung wird, die sich in Zukunft fortsetzt.
Wir wollen die Verbindung zu unseren europäischen Nachbarn stärken. Auch dafür haben wir Projekte, die hoffentlich fortwirken.

Es werden auch Einrichtungen bleiben, die ganz wichtig sind und die hoffentlich nicht nur einer Elite dienen, auch dafür haben wir gesorgt. Solche Einrichtungen wie das Dortmunder U, die Küppersmühle, das Viktoria-Quartier, Folkwang, Schumacher-Museum, die Besucherzentren, die sanierten Bahnhöfe. Alles das ist gekommen, wegen der Kulturhauptstadt und wir haben uns immer wieder bemüht, obwohl das nicht durch unseren Etat geht, dort die Enden zusammenzubringen und dafür zu sorgen, dass diese Projekte funktionieren.

Auch das was auf der B 1 passiert und auf der Parkautobahn: Wir wollen, dass das Verständnis geweckt wird, dass Kulturvermittlung auch als zusammenhängender Prozess verstanden wird. Auch dafür gibt es Beispiele bei den Theatern und bei den Museen. Auch das kommt alles der Bevölkerung zugute.
Wichtig ist auch, dass das Ruhrgebiet als eine attraktive Reiseregion verstanden wird. Auch das kommt am Ende den Menschen zugute. Ich kam mir ja vor wie Felix Krull, als wir auf der internationalen Tourismusbörse in Berlin angetreten sind, als offizieller Partner und wir das Ruhrgebiet gewissermaßen als Urlaubsparadies anpreisen sollten. Wir waren am Ende beglückt, dass es gelungen ist, dieses Ruhrgebiet mit seiner einzigartigen Kultur, dieser einmaligen Mixtur aus Landschaft und Industrie als eine interessante Urlaubsdestination, wie die Fachleute sagen, anzubieten. Auch das kostet aber eine Menge Geld. Diese wichtige Messe hat uns ne Stange Geld gekostet, mit Eintrittsgeld und allem möglichen 750.000 Euro. Auch die Schilder an den Autobahnen kosten um die 100.000. Alle diese Dinge kosten viel Geld. Aber Marketing ist heute nötig. Wenn wir Kulturveranstaltungen haben ohne Publikum, wird das wenig bringen, wir müssen dafür werben.

Es wird viele neue Kulturangebote geben, Beispiel Emscherkunst und vergessen Sie auch nicht „Jedem Kind ein Instrument“, auch ein Kind der Kulturhauptstadt. Und vor allen Dingen wollen wir, dass innen wie außen ein Eindruck vom Reichtum der Kultur hier im Ruhrgebiet entsteht. Ich darf Ihnen zum Schluss noch sagen, wir sehen es als große Chance, wir sehen Kultur als einen Faktor, der die Menschen inspiriert. Kultur schafft Kreativität, Kreativität schafft Kunst und ich kann Ihnen sagen, und das haben wir auch im Programm: Kultur schafft hochinteressante Arbeitsplätze. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Das Ruhrgebiet ist eine *andere* Metropole – gerade das ist seine Chance.

Rede von Dr. Konstanze Kriese, Kulturwissenschaftlerin

Liebe Genossinnen und Genossen, meine Damen und Herren

auch ich möchte mich zunächst herzlich für die Einladung bedanken. Wie man an mir sieht, leistet sich die LINKE kritische Wissenschaftlerinnen in den eigenen Reihen. Es ist auch interessant und mutig, jemanden einzuladen, der auf Internationalen Tourismusbörse in Berlin war und sozusagen als Touristin für das Ruhrgebiet „eingekauft“ wurde, das hat gut geklappt. Und so komme ich auch erst mal hierher: mit einem Blick aus Berlin, mit einem eigenen biographischen und von dort aus auf das Ruhrgebiet schauend.
Ich war das erste Mal 1991/92 in Essen am Kulturwissenschaftlichen Institut. Ich bin am Hauptbahnhof ausgestiegen, zum Kulturwissenschaftlichen Institut gelaufen und fand erst mal: das ist ne Kleinstadt. Das ist natürlich erstmal logisch, wenn man aus Berlin kommt. Unendlich urban kam mir das hier jedenfalls nicht vor. Aber Berlin besteht ja auch aus vielen Kleinstädten, das will ich gleich dazu sagen.
Und jetzt bin ich hier in einer Kulturdebatte und es ist eine schöne Wiederbegegnung. Aber biographisch habe ich einen viel längeren Bezug zum Ruhrgebiet und ich glaube, der trifft mitten ins Herz der Debatte. Mein Urgroßvater war Bergarbeiter, mein Großvater war Bergarbeiter, mein Vater ist dann aus dem grauenvollen Uranbergbau aus dem Erzgebirge in die Lausitz gegangen und hat lieber in der Kohleförderung gearbeitet, ist dann Ingenieur geworden und hat Schaufelräder gebaut.
Das Interessante ist, dass das Ruhrgebiet immer als Ankunftsregion galt, eine in die man hin wollte. Eine, die als irgendwie Aufregend galt. Und dies trifft ja bis heute noch für viele Menschen aus Osteuropa zu. Dagegen ist Berlin oder die Lausitz immer nur eine Durchgangsregion gewesen, das sind sie bis heute. Das Ruhrgebiet, die Ankunftsregion war etwas Großartiges: dort wollte man hin, dort wurde man bodenständig, dort hat man sich niedergelassen, dort war ein Fluchtpunkt. Und insofern gibt es bei mir biographisch einen sehr positiven Bezugspunkt zum Ruhrgebiet. Mein Vater war auch immer Schalke Fan. Das ist ne polnische Mannschaft, hat er mir erzählt und darum war in unserer deutsch-polnischen Großfamilie, selber im Bergbau, immer wichtig wie Schalke gespielt hat. So sind wir aufgewachsen. Aus dem Osten gab es immer einen positiven Blick auf das Ruhrgebiet, auf das Bodenständige, auf das, was sich hier im Laufe der Bergbaugeschichte verwurzelt hat. Und da ist Berlin so als metropoles Gebilde eine ganze andere Stadt, es ist wirklich eine Durchgangsregion. Es lebt damit und geht anders mit Umbrüchen um. Metropolen sind durchaus etwas Verschiedenes.

In einer solchen Debatte um die Durchgangsregion Berlin und Ankunftsregion Ruhrgebiet haben sich andere Arten entwickelt, wie man mit Krisen umgeht. Ob man sie vor Ort löst oder sagt: „Ich ziehe weiter.“ Das sind ganz unterschiedliche Möglichkeiten damit umzugehen. Ich will nur deutlich machen, dass das Ruhrgebiet für mich in der sinnlichen Erfahrung nichts hat von diesem Vorurteil des dreckigen, industriellen und zersiedelten Raumes. Im Vordergrund steht eben das Bodenständige, dieses wirtschaftliche Potente. Und auch immer etwas Modernes, Zeitgeschichte die geprägt wird durch die hart arbeitenden Menschen die hier leben. Und das geht und ging natürlich nie ohne soziale Spannungen und die werden in der Zukunft auch ganz bestimmt nicht weniger werden.
Hierzu, zu diesen sozialen Spannungen sehe ich im „Buch 1“ zu wenig. Alles ist dort kreativ. Die Kreativität der Menschen im Ruhrgebiet wird gefeiert, ohne dass auf soziale Probleme, die es gerade in der Kreativwirtschaft gibt, eingegangen würde. Die Kreativwirtschaft ist ein Bereich, in dem unglaublich schlecht bezahlt wird. Das neue „Informationsproletariat“, wie unser Parteivorsitzender Lothar Bisky es mal genannt hat, hat keine vernünftigen Arbeitsverträge, betreibt Selbstausbeutung und das betrifft die Kulturschaffenden schon viel länger. Es ist also ein Bereich, der selber in sich sehr brüchig ist, natürlich sehr potent, aber in sich enorme soziale Spannungen trägt.
Diese Diskussion um das „Metropole werden“, was mir im „Buch 1“ auch aufgefallen ist, ist von außen betrachtet etwas recht Langweiliges und eine sehr merkwürdige Debatte. Das meine ich nicht abwertend, nur: das Ruhrgebiet war doch schon immer eine Metropole, das habe ich ja schon versucht darzustellen. Aber es ist eben eine andere Metropole als London, als Paris oder als Berlin und das sollte man herausstellen. Man muss hervorheben, was hier anders ist als in den anderen Metropolen und sich nicht in eine unsinnige Konkurrenz zu den anderen Metropolen begeben. Denn ein solches Konkurrenzdenken ist schon vom Ansatz her der falsche Weg. Das kann ich auch noch mal am Beispiel Berlin verdeutlichen: Berlin kann tausendmal behaupten, dass es Metropole wäre, macht es auch gerne, „Arm, aber sexy“ ist ja bekannt geworden, aber es hatte auch immer liebenswerte provinzielle Züge. Die gibt es auch im Ruhrgebiet und dazu sollte man dann auch stehen.
Ich denke, ich habe angedeutet, dass die Ruhrregion immer für andere Regionen kulturell interessant war, weil es eben eine explosive Mischung aus einer arbeiterlichen Gesellschaft, aus Hochkultur, aus freien Szenen, Rockmusik , Medienstandorten war und ist. An dieser Stelle möchte ich ein wenig ausholen: Direkt nach der Wende habe

ich viel mit Kulturpolitikern und Kulturmachern aus NRW zusammengearbeitet. Dabei waren auch Herr Gorny und Herr Scheytt. Das war interessant, ich habe von ihnen wirklich viel gelernt. Wir haben Konferenzen gemacht um in Sachsen die regionale Rockmusikszene zu unterstützen. Da haben wir uns dann auch Unterstützung aus NRW mit ihren neuen Kulturkonzepten zu eingeladen und die haben uns dann sehr gut beraten und Vernetzungen, auch die Möglichkeiten von EU-Förderprogrammen nahe gebracht und beraten, wie man Netzwerke entwickeln kann, wie man die regionalen Szenen entwickeln kann. Wir sind dann nach diesen Konferenzen in Situationen gewesen, auch mit den regionalen Akteuren, die ich wirklich hervorragend fand. Zum Beispiel gab es ein „Piratenradio“ aus Sachsen, das mit EU-Mitteln gefördert wurde, und das durfte sich dann das Kultusministerium von Sachsen auf einer Konferenz anhören, die es selbst bezahlt hat. Das war die Situation, die wir dort geschaffen haben, Netzwerke, die bis heute halten, mit Unterstützung von Kulturpolitikerinnen aus NRW. Allerdings muss man auch sehen, was heute, nach zwanzig Jahren daraus geworden ist. Nicht das, was wir damals debattiert haben. Viva und Popkom sind so Beispiele, die haben ihren regionalen Bezug verloren, das muss man deutlich sagen.

Ähnliche Ängste sehe ich auch bei den Kritiken im Rahmen der Kulturhauptstadtdebatte. Und ich finde sie auch berechtigt. Man fängt mit interessanten Konzepten an und am Ende, das ist ja die Hauptkritik, gehen sie vielleicht doch an der Region und der Bevölkerung vorbei, die das Rückgrat dieser Region bilden. Man wird dann als Tourist mit großer Geste eingeladen und vergleicht sich so mit London und Paris. Und? Wo bleibt die Region? Diese Kritik steht so im Raum und die Kulturschaffenden äußern sie natürlich auch laut.

Vielleicht ist es an dem Punkt hilfreich einmal anders zu fragen. Was interessiert eigentlich andere inhaltlich an der Kulturhauptstadtdebatte? Weniger die aktuellen Auseinandersetzungen im engeren Sinne, die ich wirklich spannend und interessant finde, sondern mehr die Frage: „Was ist danach?“ Was ist 2011 da, was ist entstanden für die Region? Die Antwort auf diese Frage interessiert nämlich auch andere und ich will eigentlich in Projekten auch Antworten z. B. auf die älter werdende Gesellschaft sehen. Vor Jahrzehnten schon begann das Zechensterben, jetzt haben wir mit Opel noch mal eine ganz andere Debatte um die Krise der Exportwirtschaft, wohin geht also die Reise der postindustriellen Gesellschaft?

Das sollen nicht nur so „Kulturmenschen“ beantworten. Mich interessiert nämlich auch, wie sich diese Reise anfühlt. Wie wird sozialer Zusammenhalt in dieser Situation entwickelt? Ich glaube, es ist eine falsche Haltung, die durch den Titel: „Wandel durch Kultur, Kultur durch Wandel“ mitschwingt. So, als ob man hier durch die Umbrüche zwingend auf eine andere Zukunft wartet und dieser Umbruch selber nicht das ist, was eigentlich kulturell interessant ist. So nach dem Motto: Wer errettet uns aus einer schwierigen Umbruchssituation? Also die „Braut“ Ruhrgebiet bietet sich jetzt touristisch an und welcher „Prinz“ errettet sie, welcher Investor kommt des Wegs und baut hier innovativ etwas auf? Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg mit Umbrüchen umzugehen. Die wichtigere Frage ist nämlich, wie die Umbrüche selbst eine wichtige kulturelle Erfahrung sein können. Ich sage das deshalb, weil wir diese Debatte schon in linken Kulturforen in der Lausitz geführt haben. Es kann nicht darum gehen, den Leuten zu erzählen was irgendwann in der Zukunft sein wird, sondern wir müssen doch erklären was jetzt ist und wie wir jetzt damit umgehen, was um uns herum passiert. Und was an der Situation jetzt interessant ist.

Ich denke, dass die Kulturhauptstadtdebatte nicht einfach an vielen anderen Punkten vorbeigehen kann. Zum Beispiel am ganzen sozialen Klima, das mit Hartz-IV entstanden ist. Nicht nur bei denen, die es hart betrifft, sondern auch bei jenen, denen man so sagt: „Jeder soll Unternehmer der eigenen Arbeitskraft sein.“ Das ist ein verändertes gesamtgesellschaftliches Klima, das über die veränderte Arbeitsmarktpolitik und die veränderte Sozialpolitik hinausgeht. Das muss vorkommen. Und da ist die Debatte um einen Kulturpass etwas, was über die Kulturhauptstadtdebatte hinausgeht, etwas, das Bestand haben kann und was es auch nach dem Kulturhauptstadtjahr in dieser Region gibt und was bleibt. Wie kann ich den Zugang aller sichern? Wir haben in Berlin sehr gute Erfahrungen mit dem 3-Euro-Kulturticket, das der rot-rote Senat schon vor einiger Zeit durchgesetzt hat. Das sind wichtige Punkte in der Frage: „Was bleibt?“

Man muss auch debattieren, und das gibt es in den Projekten im Ansatz, wie verhalten wir uns zum Asylbewerberleistungsgesetz contra Anspruch auf kulturelle Integration? Man muss Gesellschaftspolitik auch mal kulturell auf den Prüftand stellen. Das muss in den Projekten vorkommen. Man muss die Frage stellen, wie entsteht Arbeit, wie wird Arbeit zwischen Ge-schlechtern verteilt, wie gelingt eine bessere Zeitaufteilung für Familien? Und das Modell der kreativen Selbstausbeutung ist für mich nicht das Idealmodell für die neuen Arbeitsplätze, ganz bestimmt da nicht, wo es um rechtliche Verankerung und um Sicherheit geht. Das können nicht die Arbeitsplätze von morgen sein. Ich halte es nicht für eine Instrumentalisierung von Kulturschaffenden, wenn an ihrem Beispiel auch mal die Gesellschaftspolitik auf den Prüfstand gestellt wird. Ich halte es im Gegenteil für ein Zeichen der Wertschätzung und Aufforderung zur Einmischung.

Ein kleines Beispiel hierzu: Ein Projekt befasst sich mit Krimis. Ich weiß da nicht genau: Geht es um Krimi als Literaturform, also des Unterhaltungseffektes, den man da dann unter die Lupe nimmt, oder ist in diesem Projekt das Problem der gesellschaftlichen Kriminalität mal knallhart angesprochen? Da gehe ich mal mit einem Berliner Projekt dazwischen. Wir haben mit dem Knast in Tegel in den U-Bahn Schächten unter dem Titel „Kunst-Knast-Großstadt“ gearbeitet und haben uns eine berechtigte Riesendebatte an den Hals gehängt. Kritisiert wurde, dass mit den Tätern konstruktiv gearbeitet wurde, aber wer kümmert sich um die Opfer? Die haben keine Möglichkeit, sich kulturell zu beteiligen. Das war eine hoch spannende Debatte in der ganzen Stadt. Es ging um gesellschaftliche Kriminalität in urbanen Zusammenhängen und ich möchte nicht nur ein Projekt über Krimiliteratur haben. Manches ist am Programm zu wenig mutig, um in gesellschaftliche Debatten rein zu gehen. Diesen Mut sollte man aber haben. ◄

Podiumsdiskussionteilnehmer (v. l. n. r.):
Dr. h. c. Fritz Pleitgen, Wolfgang Freye, Christine Kostrzewa, Dr. Konstanze Kriese

2010 geht vorbei – und dann?

Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

Die Journalistin Christine Kostrzewa, die die Podiumsdiskussion moderiert, eröffnet die Gesprächsrunde mit einer direkten Frage an Herrn Pleitgen. Von ihm will sie wissen, ob er die Kritik von Konstanze Kriese, dass das Programm ein wenig mutlos sei, nachvollziehen könne. Kann er was damit anfangen, dass Frau Kriese beklagt, dass das Programm keinen Anstoß für eine kulturpolitische Debatte liefert?

Fritz Pleitgen erklärt zunächst, dass er interessant findet, was Frau Kriese zu sagen hat. Allerdings weist er darauf hin, dass man doch auch das Programm richtig lesen möge. Die RUHR.2010 GmbH vergleiche das Ruhrgebiet keineswegs mit London oder Paris, sondern sie stellt fest, dass das Ruhrgebiet nach diesen beiden Städten der drittgrößte Ballungsraum Europas ist. Er will erreichen, dass das Ruhrgebiet nicht mehr als bloße Industrie- und eventuell noch Fußballregion wahrgenommen werde. Das Ziel der RUHR.2010 GmbH ist, dass das Ruhrgebiet als eine der reichsten Kulturregionen Europas wahrgenommen wird. Der Vergleich mit Berlin ist für Pleitgen unzulässig, da das Ruhrgebiet niemals diese Unterstützung bekommen hat, die Berlin erhalten hat. Die Region musste sich alles selbst erarbeiten und den Strukturwandel ohne nennenswerte Hilfen bewältigen. Der angestrebte Imagewandel, weg von Kohle und Stahl, hin zu Kultur, kann den Menschen in der Region nur nützlich sein.

Christine Kostrzewa hakt hier noch mal nach und weist darauf hin, dass Konstanze Kriese ja genau das aufgegriffen habe, aber eben auch betont hat, dass bei diesem Imagewandel die Menschen in der Region mitgenommen werden müssen, sonst wird er nicht funktionieren. Außerdem fragt Christine Kostrzewa nach der Rolle der Medien. Wie können sie ihren Teil dazu beitragen, dass die Ziele der RUHR.2010 GmbH erreicht werden? Und warum taucht in der Berichterstattung immer das Gegenteil dessen auf, was Fritz Pleitgen hier sagt? Fritz Pleitgen erklärt, dass ihn genau das maßlos ärgere. Die Medien berichten immer nur über die Vorzeigeprojekte wie Schachtzeichen, Day of Song, die lange Tafel und die Symphonie der Tausend. Dadurch entstehe der Eindruck, im Hinblick auf Migrantenkultur und Soziokultur würde gar nicht passieren. Keiner berichtet über den Medienbunker in Duisburg-Marxloh, in dem junge Leute versuchen ihren Stadtteil multikulturell aufzuwerten. Oder das Projekt „Rosengarten“, ein bürgerliches Engagement von Menschen mit christlichem, muslimischem und jüdischem Hintergrund, die etwas gemeinsam auf die Beine stellen wollen. In der Medienbranche sind aber andere Themen leider interessanter. Wenn über die lange Tafel berichtet wird, dann unter dem Aspekt der logisti-

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:
Wolfgang Freye, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im RVR
Christine Kostrzewa, freie Journalistin, Moderation
Dr. Konstanze Kriese, Kulturwissenschaftlerin
Dr. h.c. Fritz Pleitgen, Geschäftsführer RUHR.2010 GmbH

schen Herausforderung. Die Idee hinter dem Projekt, nämlich die Menschen der Region aus allen Kulturen und Schichten zusammenzuführen, fällt aus der Berichterstattung völlig heraus. Das ist für Pleitgen eines der Hauptprobleme in der Außendarstellung.
Christine Kostrzewa erklärt, dass die Kommunikation ja schon oft genug innerhalb der jeweiligen Stadtgrenzen mangelhaft ist. Allerdings könne das nun nicht weiter vertieft werden. Stattdessen würde sie gerne die erste Meldung aus dem Publikum zulassen.
Das Wort erhält der Zuhörer Robert Smajgert, Geisteswissenschaftler und Mitglied des Essener Kulturbeirates. Er möchte für wesentliche Bereiche im Prozess zur Verwirklichung der Kulturhauptstadt 2010 Schulnoten vergeben. Für den Bereich der Kommunikation, sowohl nach außen, als auch nach innen vergibt er ein ungenügend. Die Menschen in der Region werden nicht erreicht und sind nicht informiert, ebenso die Kulturschaffenden und häufig wissen nicht einmal die Kulturverwaltungen in den Kommunen Bescheid. Für den Umgang mit der Kreativwirtschaft und den Aufbau von Netzwerken möchte er ein gut bis sehr gut vergeben. Hier wird viel getan, allerdings entspricht es nicht seinem Verständnis von Kultur, die wirtschaftliche Komponente in den Vordergrund zu stellen. Für das Kulturverständnis der RUHR.2010 GmbH vergibt Herr Smajgert ein mangelhaft. Für die Kulturschaffenden in der Region ist das Agieren der GmbH unbefriedigend. Es entstehe ein Schaukelstuhleffekt, bei dem viel angestoßen und nach vorne getragen werde, was aber letztlich keine Substanz hat und verpuffen wird.
Fritz Pleitgen äußert hierzu, dass er sich eine nachvollziehbare und untermauerte Kritik wünsche, wie sie z. B. von Konstanze Kriese kommt. Pauschale Abwertungen und nicht belegte Vorwürfe kommen bei ihm nicht an, erst recht nicht, wenn sie in der Sprache von Unternehmensberatungen abgehalten sind.
Lorenz Müller-Morenius, ver.di Fachsekretär für bildende Künstlerinnen und Künstler vermisst im Programm die Auseinandersetzung mit dem Kulturbegriff. Besonders die Rolle des Theaters ist ihm zu wenig beleuchtet. Theater ist für ihn die Darstellung der Gegenwart mit der Übung der Lösung. Darum müsse nicht nur darüber diskutiert werden, wie man die Hartz-IV Empfängerinnen und –Empfänger ins Theater kriege, sondern darüber hinaus, wie man ihre Problematik ins Theater kriegt. Die Rolle des Theaters muss wieder richtig verstanden und gefüllt werden.
Fritz Pleitgen erklärt dazu, dass es ähnliche Überlegungen bei der RUHR.2010 GmbH auch gegeben habe. Es wird 2010 auch tatsächlich verschiedene Themenveranstaltungen geben. Die Frage müsste dann lauten, ob die Theater, bzw. ihre Programme zeitgerecht sind und ob solche Themen aufgegriffen werden. F. P. ist der Meinung, dass das so ist, wird allerdings den Blick noch mal verstärkt auf diese Punkte richten.
Peter Strege, in Dortmund lebender Maler berichtet, wie er, als nicht aus dem Ruhrgebiet stammender, aber seit 35 Jahren hier lebender Künstler die Region wahrnimmt: Als erfrischendes, anregendes Konglomerat, als lebens- und liebenswert, trotz aller Krisen und Wandlungen, die das Ruhrgebiet durchleben musste und noch durchlebt. Allerdings kritisiert er die zu geringe Einbindung der in der Region lebenden Künstlerinnen und Künstler ebenso, wie den fehlenden Bezug zur „Alltagskunst“, die fehlende Verbindung zwischen den in der Region lebenden Menschen und den Projekten der RUHR.2010 GmbH.
Reiner Kaufmann vom freien Off-Art-Parlament Ruhr kritisiert, dass die „Kulturlandschaft“ Ruhrgebiet zu wenig im Focus ist. Er kritisiert den Konkurrenzkampf der Städte des Ruhrgebiets, die für ihn nur administrative Gebilde sind. Die gewachsenen Regionen sind es, auf die das Augenmerk gehen müsste. Er wünscht sich Unterstützung bei der Entwicklung des „kreativen Klimas“ in der Region nördliches Ruhrgebiet und betont, dass dies etwas anderes ist, als die Entwicklung und Förderung der Kreativwirtschaft. Das Jahr 2010 wird vorbei gehen, für das Off-Art-Parlament ist Ruhr 2011... wesentlich wichtiger, als RUHR.2010.
Udo Achten, freier Autor, vermisst bei der RUHR.2010 GmbH die Verbindung von Kultur und dem Einsatz für soziale Gerechtigkeit. Er ist der Meinung, dass es immer beides im Verbund geben sollte, den Einsatz für Gerechtigkeit und die „hohe“ Kultur. Darüber kommt er zur Arbeiterkultur, die er nicht gewürdigt sieht. Auch der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen, wie bspw. in Rheinhausen, gehört für ihn zur Kultur des Ruhrgebiets und er will dies im Rahmen des Jahres 2010 gewürdigt sehen.
Horst Beger, Architekt (somit ein Maurer, der etwas Latein gelernt hat, wie er es selbst beschreibt) aus Essen, möchte auf die soziale Gerechtigkeit eingehen. Zwar weiß auch er, dass die RUHR.2010 GmbH nicht die Arbeitslosigkeit und das Bildungsdefizit im Ruhrgebiet auflösen kann. Aber er würde sich wünschen, dass die RUHR.2010 GmbH soziale Teilhabe für die ermöglicht, die sich diese nicht selbst erkaufen können. Er fordert einen Sozialpass, der allen, die über nur wenig Geld verfügen, die Teilhabe und Teilnahme am Kulturhauptstadtjahr ermöglicht.
Christine Kostrzewa dankt allen für ihre Wortbeiträge und richtet nun an das Podium die Frage, was damit geschehen soll. Es sind wichtige Themen angesprochen worden, von der Einführung eines Kulturpasses, über die Verbesserung der Diskussionskultur in der Region, bis hin zum Wunsch nach einer besseren Vernetzung. Es kann nicht das Ziel sein, dass darüber jetzt hier geredet wurde und dann verpufft es. Darum fragt sie das Podium, wie kann man aus der Veranstaltung was „mitnehmen“, wie kann das, was hier besprochen wurde im Jahr 2010 umgesetzt werden?
Für Wolfgang Freye steht fest, dass es ohne eine große Beteiligung aus den verschiedensten Schichten keine Nachhaltigkeit geben kann. Darum ist es als problematisch anzusehen, wenn ganze Gruppierungen, wie z. B. die Kleingärtner sich verprellt fühlen. Eine größere Beteiligungsorientierung ist unumgänglich. W. F. hat einen konkreten Vorschlag: Viele Einzelpersonen, Vereine, Verbände und Gruppierungen veranstalten im Jahre 2010 eigene Projekte außerhalb des offiziellen Kulturhauptstadtprogramms. Wenn man diese Projekte zumindest zusammenfasst und darstellt und dies auch von Seiten der RUHR.2010 bewirbt, dann wäre dies ein Schritt zu mehr Beteiligung und Nachhaltigkeit. Auch deshalb, weil diese Projekte dann nicht als Gegenprogramm verstanden würde, sondern als ein Teil des Kulturhauptstadtjahres.
Des Weiteren weist auch Wolfgang Freye noch einmal auf die dringende

Kreativer Protest: Beschäftigte von NOKIA in Bochum kämpfen um ihren Arbeitsplatz

Notwendigkeit eines Kulturpasses hin. Außerdem bemängelt er, dass im Programm der RUHR.2010 GmbH nichts zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und mit der Rüstungsregion Ruhrgebiet zu finden ist. Während in der Bewerbungsschrift zur Kulturhauptstadt noch die Rede davon ist, dass das Ruhrgebiet einst die „Waffenschmiede des Reiches“ war und man sich dieser Vergangenheit kritisch stellen müsse, ist nun davon nichts übrig geblieben. Das kann so nicht bleiben, da erwartet Wolfgang Freye noch was. Zumal es letztlich auch einer der Strukturwandel des Ruhrgebiets ist, von der Waffenschmiede hin zur Friedensregion Ruhrgebiet.
Fritz Pleitgen weist zunächst darauf hin, dass das vorliegende Programmbuch das erste von drei geplanten ist und bemerkt, dass es nicht sehr aufmerksam gelesen worden ist. Weiter weist er darauf hin, dass die Mittel der RUHR.2010 GmbH nicht ausreichen um die Defizite vergangener Jahrzehnte auszugleichen. Auch könne nicht jede Idee aufgegriffen und umgesetzt werden, die ja nicht nur bei dieser Veranstaltung, sondern auch bei vielen anderen vorgebracht werden. Konkrete Vorschläge wird er jedoch gerne den künstlerischen Direktoren unterbreiten.

Es werden viele Themenveranstaltungen geplant, denn natürlich ist die NS-Vergangenheit wichtig, ebenso wie die immense Bedeutung des Ruhrgebiets für das Wirtschaftswunder. In diese Richtung wird es laut Fritz Pleitgen Veranstaltungen geben.

Was die soziale Teilhabe angeht, wird versucht zu machen, was möglich ist, um vielen Menschen die Teilhabe zu ermöglichen. Hinsichtlich der „Gegenveranstaltungen“ zum Programm und dem Vorschlag von Wolfgang Freye ist Fritz Pleitgen bereit, dies zu überlegen und in seinem Kreis zu diskutieren.

Konstanze Kriese nimmt vor allen Dingen mit, dass sie weiß, wo sie im nächsten Jahr öfter als nur einmal hinfahren will. Beim Projekt „Stillleben“ gab es für sie ein Missverständnis. Sie hatte es so verstanden, als ob hier nun mal Verkehrswegeplanung knallhart unter kulturellen Gesichtspunkten betrieben würde. Dem ist nicht so und auch wenn es schön ist, dass dann mal an einem Tag alle Kulturen des Ruhrgebiets aufeinander treffen und miteinander ins Gespräch kommen sollen, weist sie darauf hin, dass man soziale Spannungen nicht durch Sozialromantik auflöst.
Als letztes weist Konstanze Kriese darauf hin, dass sie sich eine „Nacht der Geschichte“ wünschen würde, in der dezentral die Geschichte der Region mit allen Licht- und Schattenseiten behandelt wird. Sie sieht im Moment einen fatalen Hang zu einer neuen verstaatlichten Geschichtskultur, der die Arbeit der Geschichtswerkstätten vor Ort unangemessen zurück drängt.

Überlasst die Kulturhauptstadt nicht den Privaten!

Rede von Frank Hont, Vorsitzender der Gewerkschaft unison in der Region England Nord-West

Vielen Dank für die freundliche Begrüßung!

Es ist schön für uns hier in Essen bei guten Freunden zu sein, die wir von ihrem Besuch in Liverpool kennen.

Wie Sie und Ihr wisst bin ich ein offizieller Vertreter der Gewerkschaft unison, ebenso wie meine Begleiterin Lynne Morris. Wir arbeiten zwar beide in Manchester, doch wir leben beide in Liverpool.
Für diejenigen, die es nicht wissen: Liverpool ist eine Hafenstadt und als solche sehr stark vom ökonomisch-strukturellen Wandel in Großbritannien betroffen. Liverpool hat aber auch eine starke internationale Ausrichtung und richtet den Blick besonders auf Irland und die USA. In Liverpool gibt es eine lange Geschichte des Zusammenhalts der Arbeiterklasse, die hauptsächlich aufgrund der prekären Lage der Arbeiter bis heute Bestand hat. Die Bevölkerungszahl in Liverpool und auch in Manchester nimmt beständig ab, es sind Städte im Niedergang. Bei der Bevölkerungszusammensetzung zeigen sich Besucher häufig davon überrascht, dass die Stadt nicht multiethnisch und multikulturell, sondern eine überwiegend „weiße“ Stadt ist, es gibt nur wenige Minderheiten. Die politische Situation in Liverpool ist sehr interessant, weil sie meistens entgegen dem nationalen Trend verläuft. Seit 1988 wird die Stadt von den Liberal-Demokraten regiert, die Konservativen haben keinen Sitz im Stadtrat.
Ich vertrete unison, wir haben 1,3 Mio. Mitglieder, die hauptsächlich im öffentlichen Sektor (Gesundheit, Verwaltung, etc.) arbeiten. Die unison north-west ist die größte der 12 unison Regionen. 74% der Mitglieder sind Frauen, von denen die meisten schlecht bezahlt werden.

Zum Thema: im Juni 2003 hat Liverpool den Titel „Kulturhauptstadt“ gewonnen und hatte damit viereinhalb Jahre Vorbereitungszeit für das Jahr 2008. Warum wurde Liverpool gewählt? 2003 wurde häufig diskutiert, dass die Stadt wegen der Menschen die dort leben gewählt wurde. Darum finden wir es sehr schade, dass 2008 die Einwohner/innen von Liverpool sehr wenig in die Kulturhauptstadt eingebunden waren. Der Stadtrat hat eine private Firma, die sich den Namen „Culture Company“ gegeben hat, mit der Ausrichtung der Kulturhauptstadt beauftragt. Von Anfang an wurde das Kulturhauptstadtjahr in private Hände gelegt.

Die Culture Company hat im Jahr 2008 drei Arten von Veranstaltungen organisiert: Es gab drei große, öffentliche und kostenlose Veranstaltungen. Ja, die waren spektakulär und aufregend. Sie haben für große Aufregung gesorgt und haben Spaß gemacht. Aber die Kosten hierfür trägt der Steuerzahler und es blieb nichts Nachhaltiges zurück. Wir befürchten, dass die Kosten nun zu Kürzungen der öffentlichen Dienstleistungen und einem Abbau von Arbeitsplätzen bei der Stadtverwaltung führen werden.
Es gab auch verschiedene Veranstaltung mit hohen Eintrittspreisen, wie z. B. die MTV-Awards, ein Paul McCartney Konzert, eine Gustav Klimmt Ausstellung... Alles sehr teuer und für den Großteil der Liverpooler/innen nicht bezahlbar. Das waren zwar Weltklasse-Events, aber eben sehr exklusiv, für Paul McCartney gab es keine Karten unter 60 Pfund.
Als drittes gab es auch große Projekte in der Infrastruktur. Es entstanden ein großes Einkaufszentrum, neue Hafenanlegestellen für große Kreuzfahrtschiffe und eine neue Arena. Liverpool brauchte diese Infrastrukturprojekte, die Stadt hatte diese Investitionen bitter nötig, aber die Frage ist, ob das wirklich etwas mit der Kulturhauptstadt zu tun hatte. Wir hatten schon viele Fördermittel durch die EU bekommen und die Gewerkschaften hatten Bedenken, ob diese Mittel zur sinnvollen Stärkung der Stadt führen würden.

Im Verlaufe des Kulturhauptstadtjahres gab es in der Presse nur unkritische Berichte über die einzelnen Projekte. Wir hatten dagegen von Anfang an Bedenken, ob der Titel Kulturhauptstadt der Stadt helfen könnte, ihre strukturellen Probleme zu lösen. Natürlich haben wir gehofft, dass es vielleicht einiges geben könnte, das von Dauer ist. Aber wir haben das eher sehr kritische gesehen und diese kritische Sichtweise in die Öffentlichkeit zu bringen, unter dem Eindruck der unkritischen Berichterstattung, war sehr schwierig. Darum haben wir eigene Veranstaltungen organisiert, die sich gerade an die Gruppe der Menschen richtete, die schwer mit einem „Hochkulturprogramm“ zu erreichen sind. Wir haben uns an Schulkinder gewandt, an junge Menschen, an Minderheiten und haben versucht ihnen klarzumachen, dass der Wandel in Liverpool aus der Bevölkerung kommen muss und dass der öffentliche Sektor hierfür wichtig ist, dass die Privaten ihnen nicht helfen werden. Wir haben versucht den Menschen klarzumachen, dass Liverpool eine großartige Stadt ist und zwar nicht wegen Vodafone, Visa und anderen Firmen, sondern wegen ihnen, wegen der Menschen, die dort leben.

Wir haben für Sie eine Broschüre vorbereitet, die gleich verteilt wird. So können Sie nachschauen, was für Veranstaltungen wir im Einzelnen organisiert haben, es waren viele, z. B. ein Fotowettbewerb und Buchlesungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Bewegungen. Wir haben auch eine „radikale“ Stadtführung ausgearbeitet, die an wichtigen Punkten in der Geschichte der Arbeiterbewegung vorbei führte.Um es noch einmal zusammenzufassen: unison war und ist auch jetzt noch sehr skeptisch, das die Kulturhauptstadt nachhaltige Wirkung auf den Strukturwandel in Liverpool haben wird. Wir befürchten eher, dass die immensen Kosten den Stadthaushalt noch lange belasten werden und zu Kürzun-

gen, bzw. Verteuerungen von öffentlichen Dienstleistungen führen. Auch einen Stellenabbau in der öffentlichen Verwaltung halten wir für möglich.
Wir befürchten ein weiteres Wachsen der Armut. England besteht aus ca. 32.400 Ortschaften und Stadtbezirken. Von den hundert ärmsten sind 28 in Liverpool. Von den ärmsten 10 sind 4 in Liverpool.
Und die Wirkung der Kulturhauptstadt? Im direkten Zentrum gibt es Wachstum, dort sind neue Clubs, Bars, Hotels und Geschäfte. Aber wenn man sich zwei, drei Meilen aus diesem Zentrumskreis raus bewegt, egal in welche Richtung, dann kommt man dahin, wo sich nichts getan hat, dort begegnet man wachsender Armut. Und die entstanden Arbeitsplätze schaffen keine Abhilfe, denn es sind zeitlich begrenzte und schlecht bezahlte Jobs, die keinen Effekt haben.

Für das Einkaufszentrum „Liverpool One“ wurden 15 öffentliche Straßen privatisiert. Die kleinen Geschäfte mussten den Großen, die nun kamen weichen. Die Auflage, für den Bau der Infrastrukturprojekte Arbeiter aus Liverpool einzustellen wurde dadurch umgangen, dass man Leute von außerhalb holte und sie in Liverpool einquartierte. Die Straßenreinigung, die Instandhaltung der öffentlichen Anlagen, all das wurde privatisiert. Das alles lässt an Nachhaltigkeit zweifeln. Ich möchte aber nicht zuviel schlechte Stimmung verbreiten. Ich lebe in Liverpool und ich liebe diese Stadt. Und es gibt keinen Zweifel daran, dass der Kulturhauptstadttitel dafür gesorgt hat, dass der Name „Liverpool“ bekannter geworden ist. Und: wir als Gewerkschafter und Sozialisten sind nun in besserem und engerem Kontakt mit den Menschen vor Ort, mit kleinen Gewerbetreibenden und Arbeiter/innen und Studierenden. Die Karawane Kulturhauptstadt ist weiter gezogen, aber wir sind noch da und leben und arbeiten in dieser Stadt. Und wir überlegen uns gemeinsam mit den Menschen in Liverpool, was wir nun tun können, was man für Projekte machen kann, um weiter eine Kulturstadt sein zu können. Wir arbeiten mit anderen Gewerkschaften zusammen um der Arbeiterklasse zu zeigen, dass sie eine eigene Kultur haben. Wir wollen an den frischen Wind, den die Kulturhauptstadt uns in dieser Hinsicht gebracht hat, anknüpfen.
Ich wünsche Euch und Ihnen für ihr Kulturhauptstadtjahr viel Erfolg. Es kann eine Plattform sein, um wieder größere öffentliche Beteiligung zu generieren für eine Neuentdeckung der Stadtgesellschaft. Aber mein wichtigster Rat, damit das dann auch gelingt: Lasst euch die Kulturhauptstadt nicht aus den Händen nehmen, gebt sie nicht ab an die Privaten!

Nachfragen aus dem Publikum:

Frage: Gab es außer den Gewerkschaften noch andere Gruppierungen in Liverpool, die das ganze kritisch beleuchtet habe oder jetzt kritisch auswerten, wenn ja, welche waren das?
Antwort: Es gab noch von anderer Seite Kritik, aber das war nicht so erfreulich: Die „Gewerkschaftspartei“ Labour hat versucht, die Kritik der Gewerkschaften für sich politisch auszuschlachten. Zu Glaubensgemeinschaften haben wir offensichtlich schlechte Kontakte, diese versuchen wir jetzt auszubauen, denn auch sie hatten Kritik.
Frage: Kannst Du bitte noch mal mehr zu euren eigenen Projekten sagen?
Antwort: Wir haben bei uns eine lange Tradition mit öffentlichen Büchereien. Dort werden nicht nur Bücher ausgeliehen, sondern Schüler machen dort ihre Hausaufgaben, interessierte Gruppen aller Art treffen sich dort. Wir haben Lesungen in öffentlichen Bibliotheken gemacht, die sehr gut angenommen wurden. Ein anderes Projekt war ein Fotowettbewerb für Schulkinder, der zu ca. 5000 Einsendungen geführt hat. Aufgabenstellung an die Kinder war, dass sie fotografieren sollten, was sie mit dem Begriff „Arbeit“ verbinden. Eine große Anzahl der Fotos zeigte dann Frauen bei der Hausarbeit. Wir haben eigentlich mit Fotos von Industriearbeitsplätzen gerechnet, aber das war nicht der Fall. Einige gab es, aber sehr wenige. Der Fotowettbewerb war so erfolgreich, dass wir den nun jährlich veranstalten wollen.
Die „radical route“ ist vor allem bei Touristen beliebt. Sie bekommen einen von uns gefertigten Stadtplan der sie an interessante Orte der Stadtgeschichte, die die Industrie und die Arbeiterklasse betreffen.
Frage: 74% eurer Mitglieder sind Frauen hast Du gesagt. Die tauchen aber kaum in Deinem Vortrag auf. Kannst Du was dazu sagen, ob und was unison speziell an Projekten für Frauen macht?
Antwort: unison war die erste Gewerkschaft, die Frauen Sitze im Vorstand eingeräumt hat. Wir haben eine Frauengruppe, die ihre Forderungen inner- und außerhalb der Gewerkschaft erarbeitet und versucht diese umzusetzen. Im Moment arbeiten wir sehr eng mit dieser Frauengruppe an dem Problem, dass immer mehr junge Mädchen mit 14, 15 Jahren und ohne Abschluss die Schule verlassen. Wir wollen versuchen hier gegenzusteuern. Dafür haben wir, unter Federführung der Frauengruppe, das Programm „Return to learn“ entwickelt, das jetzt umgesetzt wird. In der Gewerkschaft selbst ist, zumindest in meinem Bezirk north-west, jede Wahlposition mit einer Frau besetzt.
Frage: Wie geht es der freien Kulturszene in Liverpool nach dem Kulturhauptstadtjahr?
Antwort: Also zunächst einmal kann man feststellen, dass allgemein ein größeres Interesse an Kultur entstanden ist. Allerdings befürchten wir, dass die gestiegene Nachfrage von den Privaten gedeckt werden wird. Wie sich das entwickelt, ist jetzt noch nicht absehbar.
Frage: Bei uns wird oft argumentiert, dass die Kulturhauptstadt Arbeitsplätze bringen wird. Kannst Du dazu was sagen? Du hast ja schon angedeutet, dass das alles prekär ist, aber gab es denn einen tatsächlichen Zuwachs an Arbeitsplätzen?
Antwort: Ich kann nicht abstreiten, dass Arbeitsplätze geschaffen wurden, aber wie gesagt, diese waren schlecht bezahlt und zu einem großen Teil auf das Jahr 2008 beschränkt. Auch in diesem Bereich gibt es leider kaum nachhaltige Effekte.
Frage: Gesetzt den Fall, Liverpool würde noch einmal Kulturhauptstadt werden. Wärst Du und Deine Organisation dagegen oder würdet ihr das unterstützen?
Antwort: Ich glaube, wir würden das unterstützen. Aber wir würden darauf achten, es uns nicht mehr aus den Händen geben. Das Hauptproblem war die Übergabe der Kulturhauptstadtorganisation an eine private Firma. Das muss verhindert werden, dann kann man auch was erreichen. ◄

Kein Förderturm, trotzdem Ruhrgebiet: Schiffshebewerk Henrichenburg in Waltrop

Europas kulturelle Identität – Kooperation und Vielfalt

Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei DIE LINKE und Vorsitzender der Europäischen LINKEN

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Eure Einladung zur Debatte um die Kulturhauptstadt Ruhr2010.
Pécs in Ungarn und die geschichtsträchtige euro-asiatische Metropole Istanbul werden auch im nächsten Jahr diesen Titel tragen.
Ihr habt heute eine öffentliche Zwischenbilanz zum Programm hier im Ruhrpott, zu eigenen Projekten gezogen. Ich komme gerade erst aus Ingelheim. Da wir das vorher wussten, haben wir Folgendes vereinbart:
An dieser Stelle folgt der Versuch, die europäische Dimension der Hauptstadtkulturdebatte zu bereichern, in dem ich auf andere Kulturdebatten im Lande und Europas eingehen werde.
Gelingt dies, so liegen die Assoziationen zur Kulturhauptstattdebatte am Ende auf der Hand.

Liebe Genossinnen und Genossen,
Slowenien hatte ab Januar 2008 die Ratspräsidentschaft inne. Sofort zu Jahresbeginn rief man zu einem zentralen Ereignis auf, um das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs zentral zu feiern. Es war nicht zuerst ein Event, wie man heute so gern sagt, sondern das zentrale Ereignis wurde in eine Konferenz, eine internationale Debatte gegossen, die uns hier gleich beschäftigen wird. Bisher dachte ich, dass nur Linke auf die Idee kommen, den kulturellen Dialog mit Konferenzen zu würdigen. Und ich gestehe, dass ich das häufig auch skeptisch sehe. Doch entscheidend ist immer, welche Fragen man bewegt und ob es gelingt, mit Kulturprojekten, mit Machern, mit Medien, mit Nutzerinnen und Nutzern ins Gespräch zu kommen, ob man zu praktischen Entscheidungen oder zum produktiven Austausch unterschiedlicher Erfahrungen gelangt. Dann kann eine Konferenz auch der Anstoß sein, um über kurz oder lang etwas zu verändern – und möglichst mehr Mitstreiterinnen und Mitstreitern als zuvor für den Erhalt und den Ausbau einer vielfältigen und dialogfähigen kulturellen Landschaft zu gewinnen.
Die Internationale Konferenz im vergangenen Jahr hat auf jeden Fall – schon eingangs – zwei interessanten Fragen aufgeworfen. Die habe ich hier als erstes in meinem Gepäck, denn ich denke, die lohnt es auch – inmitten der Kulturhauptstadtdebatte – zu stellen.
Immerhin ist das Grundanliegen aller Kulturhauptstadtkonzepte, die kulturelle Integration innerhalb Europas zu fördern.

Dafür spricht nicht nur, dass der Titel inzwischen und gleichzeitig in Ost- und Westeuropa verliehen wird und auch die Grenzen der EU überschreitet.
Dafür spricht auch, dass er, zumindest in seinen Vergabebestimmungen, sich am Kriterium der Nachhaltigkeit messen lassen will und genau dies habt ihr ja u. a. heute hinterfragt.
Die erste Frage auf der von Slowenien vorgeschlagenen Internationalen Konferenz damals war:
Welche Botschaft kann Europa auf der Grundlage seiner humanistischen Tradition heute anbieten, wenn es um ein Verstehen der grundsätzlichen Probleme der globalen Welt geht?

Die zweite Frage lautete:
Was passiert durch die Globalisierung, die wir noch nicht völlig verstehen, was hat sie Europa zu sagen?
In der ersten Frage werden humanistische Traditionen herangezogen, um heute europäische Antworten auf die Globalisierung zu finden. Ich finde das richtig und zugleich bemerkenswert, denn es ist nicht selbstverständlich – wenn die Rede vom kulturellen Dialog ist – sofort die humanistischen Traditionen aufzurufen und sie als bindend für das Identitätsverständnisses in Europa anzuerkennen.
Meine Behauptung mag verwundern.
Doch ich will an folgende Debatte erinnern: Mit der Jahrtausendwende waren die EU und Ihre Mitgliedsstaaten noch hoffnungsvoll um eine Verfassung bemüht – eine mit Symbolen, Hymnen und Flaggen (und immer, wenn es um Symbole, Hymnen und Flaggen geht, weiß man, es wird ernst gemacht) – in der die Grundrechtecharta immerhin im Verfassungstext nachzulesen war.
2003 dann hielt die CDU-Vorsitzende, Angela Merkel, eine Rede über die Zukunft Deutschlands. Darin erklärte sie, dass der – selbstredend christliche – Gottesbezug in der zukünftigen europäischen Verfassung verankert sein müsse. Sie war europaweit nicht die einzige Politikerin, die so dachte.
Schaut man auf kulturelle Wurzeln und Praxen des Kontinents, spricht ja auch einiges dafür.
Doch um es etwas zugespitzt zu formulieren: Diese kulturelle Fehlleistung – auf dem Wege zur Bundeskanzlerin – war für mich die Fortsetzung von Huntigtons Kampf der Kulturen mit europäischen Mitteln.
Die Bedeutung der christlichen Religion in der europäischen Kultur ist immens.
Das wird niemand in Abrede stellen, egal ob Christin, Muslime, Alevit oder Agnostikerin. Doch eine Wertedebatte um Europa hat andere Dimensionen und ist mit einem Gottesbezug m. E. eingeengt. Europas Geschichte und Identität beginnt nicht erst mit Kaiser Konstantins Anerkennung einer Sekte als Staatsreligion.
Der mythische Götterhimmel der Griechen war ebenso viele Jahrhunderte prägend. Er hat arabische und afrikanische Wurzeln verarbeitet. Und er gibt uns auch heute manches Rätsel auf. Vielleicht ist der Prometheusmythos, der Feuerholer und Gestalter, gefesselt und befreit, mindestens ebenso prägend wie der christliche Gottesbezug für unser kulturelles Selbstverständnis – ich mag das nicht entscheiden – aber die Frage aufwerfen.
Nachdem der antike Mythos als allumfassendes kulturelles Bewusstsein zerbrach, waren immer mehrere Religionen in Europa zu Hause.
Aus der Krise der hellenischen Mythologie entsprang überdies nicht nur das Christentum, sondern auch die europäische Philosophie, der Ursprung im Widerspruch, im Unbestimmten oder in den Atomen. All dies hat – genau wie der christliche Glaube natürlich – die Aufklärung des 18. Jahrhunderts tief beeinflusst. Insofern gibt es immer einen kulturellen Gottesbezug, denn er ist eingebunden in viele Traditionen, die Europas Identitäten geprägt haben.
Zurück zur Vorsitzenden der CDU, zurück ins Jahr 2003:
Vergessen wir eines nicht: Der Gottesbezug in der europäischen Verfassung war damals für Frau Merkel auch Teil der Begründung, die Türkei aus Beitrittsverhandlungen herauszuhalten. Ich glaube, dass der Gottesbezug genau diese Schlussfolgerung eigentlich nicht nahelegt.
Zwei Jahre später bekam Frau Merkel eine Antwort auf diese Debatte vom Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk – mitten im Lande der Kanzlerin selbst.
In seiner Rede bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels betonte er: „In all den Romanen, die ich in meiner Jugend las, wurde Europa nicht über das Christentum definiert, sondern vielmehr über den Individualismus. Europa wurde mir auf attraktive Weise durch Romanhelden vermittelt, die um ihre Freiheit kämpfen und sich verwirklichen wollen.“
Die Verwirklichung individueller Freiheitsrechte hat Europas Geschichte bis heute in die Utopien der französischen Revolution eingebunden.
Freiheit, Gleichheit, Solidarität, sind für mich entscheidende Bezugspunkte und Wertorientierungen europäischer Identität.
Sie könnten durchaus eine Basis für die Antworten auf globale Herausforderungen sein.
Doch die Freiheit der Märkte hat sich seit drei Jahrzehnten verstärkt – zur Lichtgestalt des politischen Wertekanons ernannt. Mit großem Eifer wurde der Zusammenhang zwischen Freiheit, Gleichheit und Solidarität in eine seltsame Rangfolge verkehrt.
Vergeblich sucht man Sozialstaatlichkeit bei den Werten der Europäischen Union, wenn man bis zum Artikel 2 – den Werten der Europäischen Union – im Vertragsentwurf von Lissabon vorgedrungen ist.
Politische Freiheit und Demokratie sind ohne Gleichheit und Solidarität in Gefahr. Und ich finde, dass gilt nicht nur vor Ort – hier in Europa. Das gilt weltweit.
Orhan Pamuk spitzt in derselben Rede eine andere historische Erfahrung Europas zu.
Vorrang vor der Freiheit der Märkte, hat die Freiheit des Geistes, des politischen Willen und der individuellen Selbstbestimmung. Er sagte damals: „Zur Wahl stehen auf der einen Seite schriftstellerische Phantasie und auf der anderen Seite bücherverbrennender Nationalismus.“.
Deutlicher kann man es nicht sagen, dass wir Europäerinnen und Europäer gehalten sind, Wertedebatten weder zu verkürzen, noch sie politisch zu instrumentalisieren.
Ein Europa der kulturellen Vielfalt bleibt dabei einfach nur im Dunkeln, blendet Wurzeln und historische Erfahrungen aus, auf die wir heute setzen könnten.
Und auch die linke Bewegung hat bitter lernen müssen: „hier keine sozialen Rechte, dort keine Freiheit des Geistes“ – so ist man zum Scheitern verurteilt, so lässt sich Zukunft nicht denken.
Kultureller Dialog hat diese Erfahrung zu verarbeiten, egal mit welcher Konfession oder Weltanschauung ich in eine Debatte um Gegenwart und der Zukunft gehe. Deshalb empfinde ich es als Bereicherung, heute gemeinsam mit Jürgen Klute, dem Sozialpfarrer aus Herne Europapolitik zu machen.
Mir ist es wichtig, wenn Gläubige und Atheisten in einer gemeinsamen Wertedebatte politische Verantwortung für mehr kulturelle Integration übernehmen. Ich will das betonen, das ist mir wichtig, weil wir in Berlin gerade die „Pro-Reli“ Abstimmung hatten. Und weil statt 25% nur 14% erreicht wurden. Ich triumphiere da nicht, weil ich auch andere Argumente akzeptiere. Nur, was sollte das denn, in Berlin einen neuen Religionskrieg zu entfachen, ausgerechnet jetzt? Und dann auch noch mit der falschen Vorraussetzung, als ginge es um Ethik oder Religion. Es ging doch um die Wahlfreiheit von Schülerinnen und Schülern. Es ist bemerkenswert, dass eine aufgeklärte Stadt wie Berlin sich eindeutig entschieden hat. Das Fach Ethik heißt in Brandenburg „Lebenskunde“ und es vermittelt sehr wohl wichtige, grundlegende Werte. Und es ist absolut falsch, wenn eine Religion in Europa sagt: „Ich habe die Werte, die anderen haben keine Werte.“ Das geht so nicht.
Genauso ist mir wichtig, darauf zu verweisen, dass keine politische Strömung, keine Denkschule und kein Glauben den Freiheitsbegriff gepachtet haben und andere irren, wenn sie stur behaupten, dass Linke sich nur mit der Gleichheit befassen würden. Zugleich ist es sinnvoll zu klären, wessen Freiheit wir in Europa meinen, wenn wir Freiheit berechtigt hochhalten.
Stellt man Freiheit in den Kontext europäischer Geschichte, so stößt man auf ein Element, auf das uns der amerikanische Publizist Jeremy Rifkin gern aufmerksam macht. Er hält im schwer bestimmbaren „europäischen Traum“ Kooperation und Vielfalt für die zentrale kulturelle Erfahrung unseres Kontinents: Kooperation und Vielfalt.
Hingegen erklärt Rifkin Wettbewerb und Assimilation für die Substanz des amerikanischen Traums. Dieser war Jahrhunderte ein Erfolgsmodell. Doch jetzt, so sagt Rifkin, ist dieses Identi-

tätsverständnis den neuen globalen Herausforderungen nicht mehr gewachsen.

Welche Botschaft, – so hieß die erste Frage der Konferenz in Jubljana – welche Botschaft kann Europa auf der Grundlage seiner humanistischen Tradition heute anbieten, wenn es um ein Verstehen der grundsätzlichen Probleme der globalen Welt geht?

Kooperation und Vielfalt, so finde ich, ist eine gute vorläufige Antwort, ein Diskussionsangebot, das Europäerinnen und Europäer nicht ausschlagen sollten.

Wirft man einen Blick in das Europawahlprogramm der LINKEN, so beginnt es mit diesem Freiheitsgedanken, der aus Kooperation und Vielfalt entspringt: „Unser Ziel ist, dass alle Menschen in Würde selbstbestimmt und solidarisch miteinander leben können – in Europa und weltweit…“.

Ich bin überzeugt, dass man mit diesem geschichtlich fundierten Ansatz, politische Alternativen in Europa und weltweit gestalten kann.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der erste Vorsitzende der Partei der Europäischen Linken, Fausto Bertinotti, sagte immer etwas ironisch, Europa ist der Kontinent der Übersetzungen. Da eröffnen Dialoge zwischen den Sprachen schnell andere Denkweisen, Ansichten und Lebensweisen, die sich oft erst nach Jahren erschließen und nur denen nicht verborgen bleiben, die in mehreren Sprachen denken müssen, wollen und können.

Die Europäische Linke hat die strategische Debatte um die kulturellen Identitäten des europäischen Kontinents, um die Förderung von Kulturaustausch und die kulturelle Begründung Europas seit ihrer Gründung 2004 auf das Programm gesetzt.

2005 fand in Palermo – in einem Sommerseminar der europäischen Linkspartei – eine intensive Verständigung zur Geschichte und Kultur des Mittelmeerraumes statt.

Dabei wurde die Bedeutung des kulturellen Dialogs für die Friedensfähigkeit und die Produktivität der Gesellschaften in Europa – in der Vergangenheit und in der Zukunft – ausgelotet.

Kurz nach der Gründung der LINKEN hatte die Partei der Europäischen Linken ihren ersten Kongress in Prag. Dort hatte ich auf die vielen Leerstellen einer linken europäischen Medienpolitik verwiesen. Doch wenn wir die demokratische Kultur und die Utopiefähigkeit unseres Kontinents erhalten wollen, dann kann es nicht gut sein, wenn die Sendeanstalten von morgen „Telekom“ heißen, wenn Google soziale Netzwerke ausbeutet, wenn Wissensproduktion und –verbreitung dem öffentlichen Zugang mehr und mehr entzogen werden. Das kann ich heute hier nicht wirklich ausbreiten.

Mir muss hier der Verweis genügen, dass auch die LINKE oft noch einige Schritte gehen muss, um in der modernen Medien- und Kulturgesellschaft politisch anzukommen, sie mitzuprägen und für den Erhalt einer demokratischen Öffentlichkeit zu nutzen.

Am Ende hat eine vielfältige Kultur vor Ort, haben soziokulturelle Projekte, freie Kulturszenen auch mehr von einer wachsenden linken Medienkompetenz. Und wir Linken sind aufgerufen unsere kulturellen Vorstellungen, Ideen und Visionen digital neu zu ordnen. Die Digitalisierung umfasst die ganze Kultur. Sie ist nicht durch einen Spezialisten in der Partei zu bewältigen, sondern hier haben wir bis tief in die Poren des kulturellen Alltags hinein neu zu denken.

Liebe Genossinnen und Genossen,

2005 wurde die UNESCO-Konvention zur Kulturellen Vielfalt verabschiedet.

Damit wurde völkerrechtlich vereinbart, dass regionale Kulturen ein Recht auf Schutz und Förderung haben. Inzwischen haben viele Länder die UNESCO-Konvention ratifiziert und sind dabei sie mit Leben zu erfüllen. Deutschland gehört dazu, doch konkrete Umsetzungspläne scheinen wenig Bestand zu haben. Gerade hat die Regierungskoalition die lang debattierte Forderung des Staatziels Kultur abgelehnt. Der Eiertanz der dort vollzogen wurde war wahrlich bühnenreif. In der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ wurde diese Orientierung längst parteiübergreifend festgehalten. Die SPD hatte diese Forderung erneut in ihr Wahlprogramm aufgenommen und wenige Tage später im Parlament abgelehnt. Da erübrigt sich eigentlich jeder Kommentar, was das Wahlprogramm der SPD wert ist und was sie da in der Regierung eigentlich treibt. Müntefering war auch beleidigt, als man ihn auf sein Wahlprogramm aufmerksam machte und bezeichnete dies als „unfair.“ Wir müssen dies aber machen, denn man kann nicht auf der einen Seite ständig vom Wert der Kultur reden und sie auf der anderen Seite verweigern. Also: warum soll sie nicht ins Grundgesetz?

Nun mag man im Alltag eines soziokulturellen Zentrums meinen, was tangiert mich eigentlich das Staatsziel Kultur? Doch so wie die Jugendhilfe eine gesetzliche Grundlage hat, hätte man dann immerhin für den sogenannten kulturellen Bereich auch eine verpflichtende gesetzliche Grundlage. Was hindert uns daran, Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz zu schreiben? Es geht wirklich nicht um einen Generalangriff auf föderale Strukturen, Zentralismus ist vermutlich eher eine Speerspitze der Unkultur.

Doch es stünden die Chancen auch in der Kommune besser. Die bisher freiwillige Aufgabe Kultur würde sich nicht länger immer im finanziellen Bermudadreieck zwischen Sozialem, Jugend und Bildung aufhalten müssen…

Man hätte durchaus bessere Chancen, eine Art kulturelle Grundversorgung verbindlich einzufordern – und das wären doch wirklich andere Perspektiven als heute.

Liebe Genossinnen und Genossen

mit der ratifizierten UNESCO-Konvention sind die Debatten um den Doppelcharakter der modernen Kulturen – als Ware und als Träger von Werten, Orientierungen und Traditionen – von neuem in der Debatte.

Ich kann uns nur auffordern, sich hier konsequent einzumischen, wir brauchen öffentliche Kulturförderung genauso wie die Unterstützung von kleinen Verlagen, Studios, Agenturen, Filmproduzenten. Die Debatte über den Geist und den Inhalt der UN-Konvention zur Kulturellen Vielfalt ist erst am Anfang – auch bei den LINKEN.

Es wäre schon ein Stück gelebte kulturelle Vielfalt, wenn sich Medien und Politik, Kultur und Wissenschaft in einer öffentlichen Debatte über Kulturwaren und Kulturwerte auf einander zu bewegen würden.

Damit wäre der Konvention im Ansatz gefolgt, denn sie offenbart einen weiten Kulturbegriff, der mehr die Lebensweise der Menschen betrifft als sich auf Kunst einzuschränken.

Das ist – ihr wisst es mit den Kulturhauptstadtdebatten genau – ganz wesentlich.

Geht uns der komplexe Blick für experimentelle Kunst, für Sub- und Jugendkulturen, für die Lebensbedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft, für die Lebensweisen von Beschäftigten im Dreischichtsystem, von Migrantinnen und Migranten verloren, denn ist alle Kulturpolitik auf dem Holzweg.

Das Bildungsbürgertum mit seinen kulturellen Bedürfnissen wird die kulturellen Debatten einer ganzen Gesellschaft über Umbrüche – wie sie hier im Ruhrpott, in der Lausitz, in den Hafenstädten oder jetzt in der Autoindustrie vonstatten gehen – nicht klären können.

Deshalb sollte die Linke diesen weiten Kulturbegriff sehr ernst nehmen, denn dann öffnet sich ein ganzer Kosmos politischer Gestaltung des interkulturellen Dialogs. Wir müssen uns öffnen für die Vielfalt kultureller Ausdruckformen, für traditionelle wie moderne Lebensstile. Und vielleicht auch mal eine alte Weisheit von Clara Zetkin berücksichtigen, die Mal gesagt hat: „Mischt euch doch nicht ein in die Frage, ob ein Künstler so rum oder so rum etwas gestaltet.“ Das hat sie den Genossen vergeblich mit auf den Weg gegeben, aber wir sind ja inzwischen in einer nachfolgenden Generation, so dass wir das unbeschwert aufnehmen können.

Im Mittelpunkt der Förderung kultureller Vielfalt stehen: einmal die Rahmenbedingungen/Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende, die sind wichtig und die werden zunehmend wichtiger, haben wir doch in den Großstädten ganz neue Schichten, die der Kategorie „Kreativschaffende“ zugeordnet werden, obwohl sie von Selbstausbeutung und wenn es gut geht, mal von einem Hungerlohn existieren. Doch auch die Bildungs-, Kultur- und Medienlandschaften insgesamt.

Damit ist der klassische Horizont praktizierter Kulturpolitik in den Ländern und in Europa sofort gesprengt und auch der Gedanke von der Kulturhoheit der Länder, der mir immer etwas zynisch vorkommt, oder auch lustig, wie man es halt nimmt. Die Länder denken, sie bestimmen die Kultur, die längst von den Medien bestimmt wurde – und zwar schon eine Generation zuvor. Es gibt die Kulturhoheit der Länder als Fiktion, aber doch nicht als Realität. Was haben denn Länder, die weniger reich als NRW ausgestattet sind, mit der Alltagskultur und der medialen Kultur zu schaffen?

Mit dem Blick über die Künste hinaus – auf die Lebensweise selbst – lernen wir schnell, dass Urheberrecht, Fernsehrichtlinien, Filmförderung, Bildung und Wissenschaft und auch manche struktur- und Wirtschaftförderung unsere kulturellen Bedürfnisse mitten ins Herz treffen.

Medienkonzentration, große Verlagshäuser prägen den kulturellen Austausch genauso wie die Szenen vor Ort.

Deshalb sind viele politische Entscheidungen, ob Verkehrswegeplanung, Solarenergieförderung oder die Rekommunalisierung eines Wasserbetriebes auch kulturpolitische Entscheidungen.

Vielleicht wäre eine Kulturverträglichkeitsklausel auf alle Gesetze – vom Arbeitsmarkt über die Innenpolitik bis zum sog. Asylbewerberleistungsgesetz – eine politische Forderung, deren Durchsetzung ich mir zwar nicht einfach vorstelle, die aber allein schon so viele Debatten aufwirft, dass man sie schon mal laut denken sollte.

Und wie heißt es so oft, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wir sollten auch selbstbewusst hervorheben, dass die Konvention zur kulturellen Vielfalt ein Dokument gegen die schrankenlose Liberalisierung kultureller Dienstleistungen ist und dafür müssen wir politisch aktiv werden.

Kulturelle Äußerungen sind in marktwirtschaftliche Zusammenhänge eingebunden.

Dies war durchaus auch eine historische Basis ihrer Demokratisierung und Internationalisierung, der Entstehung von massenkulturellen Erscheinungen, die negative, aber vor allem auch viele positive Seiten haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

„das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ widerspiegelt sich nicht nur in neuen massenkulturellen Kommunikationsformen, wie Film und Rockmusik und hat neuartige ästhetische und kulturelle Kompetenzen hervorgebracht.

Dass sich hochetablierte Kunst lange schon dem sogenannten Pop-Idiom angenommen hat, das wissen wir nicht erst seit Andy Warhols Suppendosen.

Kultur in ihrer Form als Ware hat auch den uralten Demokratiediskkurs um Massen und Macht neu belebt.

Wir müssen zugleich Folgendes festhalten: Kulturelle Äußerungen sind immer ein Moment der regionalen Identitätsfindung, des Selbstbewusstseins und der lokalen wie weltumspannenden Erzählungen. Sie sind öffentliche Güter der Völker und die Möglichkeit ihrer Aneignung ist ein Menschenrecht.

Sie können eben nicht allein nach marktwirtschaftlichen Kriterien betrachtet und behandelt werden, sondern bedürfen des Schutzes und der öffentlichen Förderung.

Im internationalen Rahmen müssen wir uns dafür einsetzen, dass der Doppelcharakter kultureller Güter bei der Überarbeitung der Dienstleistungsrichtlinie und bei den GATS-Verhandlungen Berücksichtigung findet.

In der europäischen Politik werden wir darauf drängen, dass Kulturpolitik in unserem Kontinent sich den gewachsenen Anforderungen eines interkulturellen Dialog und an interkultureller Bildung orientiert.

Huntingtons „Kampf der Kulturen“ hat die aggressive, unilaterale amerikanische Außenpolitik der Bush-Administration grundiert.

Wir sollten den Dialog der Kulturen zum friedenspolitischen Grundprinzip machen, in der Kommune und in Europa.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst mich abschließend festhalten, dass ich überzeugt davon bin, dass dieser weite Bogen, den ich hier versucht habe aufzuspannen, in jede Kulturhauptstadtdebatte gehört – hier in Essen, in der ganzen Region, in Pécs und in Istanbul.

Nutzen wir die Zeit bis 2010 und sind wir danach hartnäckig, denn auch nachhaltige Kulturstrategien sind nicht nur in Stein gemeißelt. Die Wirtschaftskrise wird da höchst lebendige Fragen aufwerfen. Nicht nur die Galeristen stöhnen weltweit über Umsatzeinbrüche. Gerade jetzt gilt wieder vielen, Kultur darf alles – nur nichts kosten.

Das wäre allerdings mehr, als nur ein falscher Ton im Konzert. Denn mit der Krisenbewältigung müssen wir einfordern, dass es nicht so weitergehen kann wie bisher. Das gilt auch kulturpolitisch!

Danke für Eure Aufmerksamkeit.

(Nach dem Audioprotokoll korrigiertes Redemanuskript)

Kultur der Teilhabe stärken!

Ergebnisberichte der Arbeitsgruppen

Konferenzbesucher/innen

AG 1: Was erwarten freie Szene und Soziokultur von der Kulturhauptstadt?/Forderungen zur Verbesserung der Situation der Kulturschaffenden in NRW

Die freie Szene und die Soziokultur haben inzwischen keine Erwartungen an die Kulturhauptstadt mehr, das Thema hat sich weitestgehend erledigt. Diese überraschende Auffassung lässt sich wie folgt erklären: Im Prozess der Planung der Kulturhauptstadt vor ca. 2 Jahren gab es sehr hohe Erwartungen. Es gab ein hohes Engagement, viele Projektideen wurden entwickelt und versucht einzubringen. Diese Versuche liefen ins Leere und die freien Kulturschaffenden hatten das Gefühl, dass ihr Engagement gar nicht wirklich erwünscht war. Und, spätestens beim Geld endete „diese nicht richtig begonnene Freundschaft“, wie es ein Künstler formulierte.

Die Forderungen als solche sind bis heute aktuell und eigentlich selbstverständlich, so z. B. die Forderung nach gleicher Augenhöhe von „Hochkultur“ und Soziokultur. Gefordert wurde auch Transparenz im Auswahlprozess der Projekte, ebenso regionale Vernetzung. Da sich die Kulturschaffenden der Region von der RUHR.2010 GmbH nicht angenommen fühlen, gibt es aber nun keine Erwartungen mehr, stattdessen prüfen die Künstler/innen der Region was sie an unabhängigen Projekten bewerkstelligen können. Gewünscht wird nur noch, dass solche Projekte zumindest auf der offiziellen Kulturhauptstadt-Website erscheinen könnten.

Beim Problem der prekären Lage der Kulturschaffenden gibt es einen Trend, das Problem dadurch zu lösen, dass man es verschwinden lässt. Allerdings nicht in der gewünschten Form, dass Schritte unternommen würden, die Lage der Künstler/innen zu verbessern, sondern indem man die Diskussion zu verhindern versucht und das Problem tot schweigt. Das muss natürlich verhindert werden, der Finger muss immer wieder in die Wunde gelegt werden. Darum haben wir überlegt, ob wir zu diesem Thema nicht in nächster Zeit, bzw. während der laufenden Kulturhauptstadt eine eigene Tagung machen sollten um das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen.

AG 2: Was ist und was zeichnet linke Kulturpolitik aus? / Was bleibt von Liverpool 2008?

Einem linken Kulturverständnis ist es wichtig, sich nicht auf die „Hochkultur“ zu beschränken, sondern den Kulturbegriff wesentlich weiter zu fassen. Kunst ist zwar ein Teil der Kultur, aber Kultur beschränkt sich nicht auf die Kunst. Kultur ist der Eingriff in und die Beeinflussung der den Menschen umgebenden Lebenswelt. In diesem Sinne muss sich Kultur auch anpassen. Als Beispiel hierfür mag Senftenberg, eine Region im Strukturwandel, ähnlich wie das Ruhrgebiet dienen: Das dortige Theater greift aktuelle Geschehnisse vor Ort auf und erreicht somit die Menschen dort. Es hat sich so zu einem Forum entwickelt, das sich um die Belange der Bürger/innen kümmert. Wenn es zum Beispiel in Senftenberg Ärger mit Neofaschisten gibt, dann treffen sich die Leute im Theater und beratschlagen dort, was zu tun ist. Somit ist das Theater nicht nur abgehoben, sondern mittendrin und das ist es, was Kultur ausmacht.

Die Freunde aus Liverpool haben noch mal ein wenig über ihre Projekte in 2008 gesprochen, über denen es ihnen auch gelungen ist, die so genannten „Bildungsfernen“ überhaupt mal mit Kultur in Kontakt zu bringen. Dies haben sie auch mit der Frage der Gewerkschaftsarbeit und der Frage sozialen Verhältnisse in Verbindung bringen können und somit den benachteiligten Menschen verdeutlichen können, dass die Kultur auch ihr Leben betrifft.

Es wurde auch noch mal überlegt, was wir konkret an eigenen Projekten auf die Beine stellen könnten. Hier wurde noch mal auf Geschichte und insbesondere auf die „Waffenschmiede des Reiches“ eingegangen, hierzu sollte was gemacht werden. Ein anderes Thema wären vielleicht Graffitis, als eine Form der Jugendkultur. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW hat ihre Bereitschaft erklärt, sich an einzelnen Projekten sowohl planerisch, als auch finanziell zu beteiligen. Als eine Form der Partizipation wird nochmals eingefordert, dass die RUHR.2010 GmbH zumindest alternative Projekte auf ihrer Website ankündigt. Bezüglich der Nachhaltigkeit wurde der Masterplan Kultur des RVR angesprochen. Dieser muss in den Kommunen verhandelt werden. Das ist im Nachgang zur Kulturhauptstadt ein wichtiges kommunalpolitisches Thema.

Zum Abschluss gab es von den Liverpoolern den Hinweis, dass ein sehr kleines Projekt, bei dem es um arabische Kunst geht, das Jahr 2008 überlebt hat und bis heute weiter läuft. Dies sollte nur als Hinweis dienen, dass manchmal die kleinen, unspektakulären Projekte langlebiger sein können.

Hinweise zu Webseiten mit weiterführenden Infos:

Alternativen zum offiziellen Kulturhauptstadtprogramm • www.unprojekte2010.de
auch das ist kultur • www.auch-das-ist-kultur.eu
Deutscher Kulturrat • www.kulturrat.de
Die Ruhr Kunst- und Kulturserver • www.dieruhr.eu/
Enquete Kommission des deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ • www.bundestag.de/parlament/gremien/kommissionen/enqkultur/index.html
Evangelisches Kulturbüro 2010 • www.ekir.de/evangelisch2010/
Gelsenkirchener Geschichten • www.gelsenkirchener-geschichten.de
Industrie Kultur Fotografie • www.industriekultur-fotografie.de
Kultur 2010 • www.kultur2010.de
Liverpool – Kulturhauptstadt 2008 • www.liverpool08.com
Melez Festival der Kulturen • www.melez.de
Platz des europäischen Versprechens • www.pev2010.eu
Regionalverband Ruhr (RVR) • www.metropoleruhr.de
ruhrwärts Kulturnetzwerk • www.ruhrwaerts.de
Route der Industriekultur • www.route-industriekultur.de
Ruhr2010 Kulturhauptstadt Europas • www.kulturhauptstadt-europas.de
Ständige Kulturpolitische Konferenz der Partei DIE LINKE • www.die-linke.de/partei/weitere_strukturen/weitere_zusammenschluesse/staendige_kulturpolitische_konferenz/

Demonstrationskultur im Pott: Gegen den Naziaufmarsch in Essen am 8.12.2007

Zeche Nordstern, Gelsenkirchen

„Der ist ein Narr, der die Kultur von der Arbeit zu trennen gedenkt. Denn der Mensch wird zunächst einer Arbeit überdrüssig werden, die nicht mehr Teil seines Lebens ist, und sodann wird ihn auch eine Kultur nicht mehr befriedigen, die nur noch ein Spiel ohne Einsatz darstellt.“

Antoine de Saint-Exupéry, Die Stadt in der Wüste

www.dielinke-rvr.de